

Wirtschaft, Arbeiterschaft und Arbeiterorganisationen in der Rheinprovinz am Vorabend des Sozialistengesetzes 1878

I.

Mitten in der seit 1873 deutlich einsetzenden Depression im Wirtschaftsleben des Reiches glaubte Bismarck im Reichstag die Sozialdemokraten als mitschuldig an der wirtschaftlichen und sozialen Not anprangern zu müssen. Sie eben hätten die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter herabgemindert und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland unterhöhlt. Wie könnten denn überhaupt Unternehmungslust und Unternehmergeist wachsen, »wenn der Kommunismus ameisenartig um sich greift, wenn man das Erarbeitete durch Brand und Plünderung zu verlieren fürchten muß und noch dazu die Aussicht hat, dafür, daß man etwas hat, massakriert zu werden«¹. Solche nachgerade traditionsträchtige Aussage, die dem antisozialistischen Duktus der letzten Jahre entsprach und lediglich die Denkkategorien der feudal-bürgerlichen Gesellschaft des Reiches artikulierte, entsprach einer Sozialistenfurcht, die zwar nicht sonderlich neu war, im Augenblick wirtschaftlicher Depression aber besonders stark auflebte. Wehler hat zu Recht darauf hingewiesen, daß Bismarck eine Interdependenz zwischen Depression und Sozialrevolution gegeben sah und daß er umgekehrt von einem wirtschaftlichen Aufschwung eine Milderung der sozialen Spannungen erwartete². Angesichts der wachsenden Stimmenanteile der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen der letzten Jahre und in Anbetracht der heftigen Angriffe der Partei gegen den Obrigkeitsstaat boten sich für Bismarck als Lösung sowohl die Unterdrückung der Sozialdemokraten als auch eine auf Schutzzoll orientierte Wirtschaftspolitik, die auf Abbau der Krisensituation in den Leitsektoren zielte. Eine solche Politik richtete sich zugleich also gegen die liberalen Freihändler, die möglicherweise auf dem Umweg über den Kampf gegen die Sozialdemokratie an die Wand gedrückt werden konnten, zumal die Gefahr bestand, daß durch ein Zusammengehen von Linksliberalen und Sozialdemokraten die Parlamentarisierung vorangetrieben werden konnte, was sicher nicht im Sinne Bismarcks war³.

Im folgenden ist zunächst ein Überblick über den Umfang der wirtschaftlichen Depression in der Rheinprovinz zu vermitteln. Im *Regierungsbezirk Düsseldorf*, dem am stärksten industrialisierten Bezirk der Provinz, setzte sich die schlechte Wirtschaftslage des Jahres 1877 mit allen ihren sozialen Konsequenzen bis weit hinein ins neue Jahr fort. Wie stellt sich die Lage Ende 1877 dar? Die Arbeitslosenziffern stiegen, einige Gemeinden gingen daher zu Notstandsarbeiten (Straßenbauarbeiten) über, um auf diese Weise die direkte Unterstützung notleidender Familien einschränken zu können. In zahlreichen Landgemeinden rich-

¹ Zitiert nach *Hans-Ulrich Wehler*, Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969, S. 188.

² *Ebda.*, S. 189.

³ Vgl. dazu neben *Wehler* auch *Ernst Engelberg*, Revolutionäre Politik und Rote Feldpost, 1878 bis 1890, Berlin – DDR 1959, S. 20 ff.

teten die Behörden Volksküchen ein. Kohle konnte bei schwindendem Absatz nur zu herabgesetzten Preisen auf den Großverbrauchermarkt gebracht werden. Die Arbeitslosigkeit stieg in der Eisen- und Stahlindustrie wie auf dem Textilsektor. Im Handelskammerbezirk Lennep fanden lediglich Bandwirker und Streichgarnspinner noch eine geregelte Beschäftigung. Im gesamten Wuppertal und im Bergischen Land lag die Textil- und Kleineisenindustrie darnieder. In Barmen etwa herrschte bei dem für die Stadt äußerst wichtigen Zweig der Bänder, Litzen und Besatzartikel eine ausgemachte Flaute. In der Fabrikation der leinenen und baumwollenen Bänder regierte Geschäftsstille. Kurzarbeit oder Arbeiterentlassungen waren an der Tagesordnung. Ein ähnliches Bild boten der Textilsektor im Handelskammerbezirk Solingen sowie die Kleineisenindustrie dieses Bezirks (Stiefeleisen, Scheren-, Messer- und Waffenfabrikation). Die Samt- und Seidenindustrie in den Kreisen Kempen, Krefeld, Viersen und Mönchen-Gladbach sowie die Baumwoll- und Flachsspinnereien in Mönchen-Gladbach, Viersen und Dülken konnten nur noch mit Mühe einen Teil der Stühle und Spindeln in Betrieb halten. Die Folge hieß überall: Kurzarbeit, umfangreiche Entlassungen von Arbeitern, Lohnkürzungen oder eben alles zusammen. In der Samt- und Seidenweberei fanden nur noch die besten Weber einen Arbeitsplatz. Das Produktionsvolumen betrug kaum noch 60 v. H. des früheren Quantum. $\frac{1}{5}$ der Arbeiter war ohne Arbeit, $\frac{4}{5}$ arbeiteten zu $\frac{2}{3}$ des früheren Lohns. Während die Flachsspinnereien in Viersen und Dülken mit Verlust arbeiteten, ohne Arbeiter zu entlassen, versuchte die Behörde von Mönchen-Gladbach die Arbeiter im Wegebau und in den Kiesgruben der Umgebung zu beschäftigen, um so »die Not zu lindern«⁴. Aachen bot zu diesem Zeitpunkt ungefähr das gleiche Bild.

Dies war der wirtschaftliche Ausgangspunkt des Regierungsbezirks Ende 1877. Im 1. Quartal des neuen Jahres lag die Hauptsorge deutlich im Kohlenbergbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie. Trotz der als bedenklich empfundenen Preisnachlässe verstärkte sich die Absatzflaute, da die Eisenindustrie als Hauptabnehmerin und Großverbraucherin in eine noch größere Depression abrutschte. Offensichtlich haben die staatlichen Interventionen – Ermäßigung der Eisenbahnfrachttarife – den Absatzschwund nur dämpfen, nicht jedoch stoppen können, da die englische, in Norddeutschland angebotene Kohle auch bei solchen Eingriffen staatlicherseits durchaus noch konkurrenzfähig blieb. Große Hoffnungen setzte die deutsche Bergbauwirtschaft auf die Kriegsmarine, die zu jener Zeit Versuche über die Verwendbarkeit westfälischer Steinkohle anstellte. Bei erheblichen Lohnsenkungen und starken Beschränkungen der Betriebs- und Reparaturkosten arbeiteten die Zechen somit meistens ohne Reinertrag. Trotz Schichtkürzungen und Entlassungen konnte jedoch von Produktionssenkung im entsprechenden Umfang keine Rede sein, da sich die Förderleistung des einzelnen Bergmannes erhöhte – eine Steigerung der Schichtleistung also, die erforderlich war, wollte man den Lebensunterhalt der Familie und Angehörigen bestreiten. Einzelne Zechen scheinen bei der Behebung des schlimmsten Notstandes geholfen zu haben. So ließ die Zeche Neu-Essen Kartoffeln für die Versorgung ihrer Arbeiter aus Sachsen anfahren. In der Eisen- und Stahlindustrie entsprach die Kapitalakkumulation keineswegs den getätigten Investitionen, wenngleich in den ersten beiden Monaten von 1878 die Ein-

⁴ Die aufgrund eines Erlasses vom 17. Okt. 1876 regelmäßig verfaßten Vierteljahrsberichte über die »Lage der Industrie« vermitteln einen recht guten Einblick in die Folgen der Konjunkturstörungen für die einzelnen Industriezweige. Zahlenangaben wurden zuweilen selbst für einzelne Betriebe, also nicht nur für den jeweiligen Regierungsbezirk insgesamt, vorgelegt. Zum letzten Quartal 1877 des Reg.-Bez. Düsseldorf siehe DZA Merseburg, Rep. 120 BB, Abt. VII, Fach 1, Nr. 1 b, Bd. 3, Beih., Reg. Pr. an Oberpr. Koblenz, 16. Jan. 1878.

fuhr englischen Roheisens niedriger lag als in den gleichen Monaten des Vorjahres (642 320 RM gegenüber 1 081 320 RM des Vorjahres). Lediglich Krupp konnte durch Fertigung von Kanonen und anderem Kriegsmaterial zunächst noch einen guten Geschäftsgang melden. Die Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen dagegen – sicherlich eines der bedeutendsten Werke der rheinisch-westfälischen Industrie – wußte die Zinsen der Grundschulden nicht mehr aufzubringen und vermochte den Betrieb nur noch durch Umwandlung von 120 Millionen Mark Grundschulden in Prioritätsaktien und durch Reduktion des Stammaktienkapitals von 30 Millionen auf 6 Millionen Mark aufrechtzuerhalten. Die Rheinischen Stahlwerke in Meiderich mußten den Betrieb ihrer Fabriken auf die Hälfte reduzieren, die andere Hälfte wurde nach Warschau verlegt. Die Nachwirkung der Eisenzollsenkung machte deutlich, daß die rheinisch-westfälische Stahlindustrie noch nicht stark entwickelt war. Als Beispiel mag eine Ausschreibung der Königlichen Direktion der Bergisch-Märkischen Eisenbahn über 90 000 Ztr. Stahlschienen dienen. Das niedrigste Angebot der rheinisch-westfälischen Stahlwerke lag bei 152 RM pro Tonne. Die belgischen Cockerill-Werke (Seraing) lagen jedoch mit 137,20 RM erheblich unter dieser Offerte. Gleichwohl schien die Regierung mit dem Gedanken zu spielen, der heimischen Industrie den Zuschlag zu erteilen. Die Finanzschwellen, die Belgien zugunsten der eigenen Industrie errichtete, scheinen da eine Rolle gespielt zu haben.

Die Kleineisenindustrie in Solingen, Lennep und Remscheid arbeitete wegen nur schleppenden Exports stark gedrosselt. Zwar wurden keine Arbeiter entlassen, aber die Belegschaften arbeiteten nicht einmal die Hälfte der Normalarbeitszeit. Dazu kam, daß in Solingen die Werkstätten für Waffenmontage leer standen, da die Montage neuerdings in den Erfurter Königlichen Gewehrfabriken erfolgte.

Die Tuchfabriken in Lennep und Essen klagten über »drückenden Geschäftsmangel«, weil nach dem Verlust des nordamerikanischen Marktes noch kein Ersatz gefunden war. Die Mönchen-Gladbacher Baumwollindustrie konnte sich bei der Feinware kaum der englischen und elsässischen Konkurrenz erwehren. Auch die Grobspinnereien gerieten seit der Einverleibung des Elsaß in Bedrängnis, da sich die dortigen, ursprünglich auf Feinspinnwaren spezialisierten Betriebe nach dem Verlust des französischen Marktes auf die Grobspinnerei umstellen mußten. Die über die deutschen Grenzen hinaus bekannte Baumwollspinnerei und Weberei Schlafhorst & Bruel mußte mit einer Negativbilanz von 1 300 000 RM ihre Zahlungen einstellen, während die große Firma Haardt in Mönchen-Gladbach den Betrieb ganz aufgab. Andere Firmen glaubten nur mit Arbeiterentlassungen über die Runden kommen zu können. Eine Möglichkeit für die Besserung der Geschäftslage sahen Wirtschaftskreise in der Einführung von Staffelzöllen für Baumwollgarne und Baumwollgewebe. Die Flachsspinnereien in Viersen und Dülken vermieden zwar Kündigungen, kürzten jedoch die Löhne um weitere 10 v. H., während in Krefelds Seidenindustrie für bestimmte Erzeugnisse ein Aufschwung verzeichnet wurde⁵.

Solcher Quartalsstart ins Jahr 1878 bestimmte praktisch den Wirtschaftsablauf der folgenden Monate bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes am 19. Oktober. Die Lage des Steinkohlenbergbaus verschlimmerte sich noch. Die Kohlenpreise sanken weiter, der Absatz der Fördermengen erfolgte nur mit Verlust. Die Kapitalsubstanz wurde angegriffen. Zur Lage der Belegschaft hieß es im Oktober 1878: »Am traurigsten ist die Lage der Bergleute. Ihre Löhne hatten schon längst einen so niedrigen Stand erreicht, daß sie nicht ausreichten zum

5 Ebda., Reg. Pr. an Oberpr., 17. April 1878.

Unterhalt ihrer Familien. Sie sind noch weiter gesunken, und der Landrat von Essen klagt bitter über das Elend in den Arbeiterfamilien, welche auf die Hilfe der Armenverwaltung oder der Privatwohlthätigkeit angewiesen sind«. Im Eisen- und Stahlsektor gaben sich die Behörden schon optimistisch, wenn ein inzwischen stillgelegter Hochofen wieder angeblasen werden konnte, eine Betriebsstätte für Eisenbleche ihre Produktion wieder aufnahm oder einige der größeren Walzwerke (Qualitätseisen) eine günstigere Auftragslage zu verzeichnen hatten. Demgegenüber scheint sich für die Kruppschen Werke die Waffenherstellung doch nicht so günstig ausgewirkt zu haben. Zumindest sah sich der Betrieb gezwungen, zwischen März und August 1878 155 Arbeiter mehr zu entlassen, als ursprünglich vorgesehen war. Zu einer erheblichen Produktionsminderung sah sich auch die Essener Firma Schulz, Knaudt & Cie genötigt, während eine Düsseldorfer Gußstahlfabrik mit 170 Mann Belegschaft ihren Betrieb ganz einstellte.

Die zum Teil stark exportabhängige Kleineisenindustrie des Bergischen Landes litt in dieser Phase nicht nur unter der Dauerkrise in den Absatzgebieten, sondern auch unter der verminderten Bautätigkeit im Inland. In der Textilindustrie hatten vor allem die Baumwollspinnereien unter den inzwischen um 10 v. H. gestiegenen Rohstoffpreisen und unter dem Druck des Massenimports von Garnen aus England zu leiden. Zwar konnten die billigen Zeuge der Tuchfabriken in Hückeswagen und Kettwig bei ermäßigten Preisen noch Absatz im Inland finden, die Qualitätstuche der Fabriken in Lennep und Werden dagegen mußten bei allgemein gesunkener Kaufkraft im Inland und gleichzeitigem Verlust des nordamerikanischen Marktes auf billige Fabrikate übergehen. Die Produktion der halbwollenen Kleiderstoffe vor allem in Elberfeld lief zwar einigermaßen ungestört, die Band- und Besatzindustrie in Barmen dagegen fand sich weiterhin in »gedrückter« Lage. Im 2. Quartal war der Export nach Nordamerika gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 50 v. H. gesunken. Die gleiche Situation traf die Flachsspinnereien. Dagegen nahm die Seiden- und Samtproduktion seit März bzw. Mai einen hoffnungsvollen Aufschwung. Die in Krefeld und Umgebung bis dahin zu einem Drittel leerstehenden Stühle waren wieder voll in Betrieb. Die sehr tief gesunkenen Löhne konnten dann auch um 5 bis 10 v. H. aufge bessert werden. Der Konjunkturanstieg erfaßte im Krefelder Raum entsprechend auch die Hilfs- und Zulieferindustrien (Appreturen, Chemie, Maschinen). Gleichwohl galt für den Berichtszeitraum: »Die Kauflust fehlt und die niedrigen Löhne der Arbeiter sowie die geringen Verdienste der Handwerker machen sich bemerkbar in einer allgemeinen Verminderung des Konsums«⁶.

Der *Kölner Bericht* vom 23. März vermochte für das 1. Quartal von 1878 nur Nachteiliges zu berichten. Insgesamt gesehen handelt es sich hier um eine Aufzählung von Arbeiterentlassungen in Klein- und Großbetrieben des Bezirks sowie um Lohnkürzungen bis zu 10 v. H. Es ging ebenso um Bürsten-, Porzellan- und Zementfabriken des Kreises Bonn wie um größere Firmen der Stadt Köln, wo der Rheinische Aktienverein für Zuckerfabrikation 170, die Stollwercksche Dampfschokoladen- und Zuckerfabrik 83, die Kölnische Baumwollspinnerei und Weberei 40, die Tapetenfabrik von Flammersheim & Steinmann 20, die Möbelfirma H. Pallenberg 15 Arbeiter im Berichtszeitraum entließ. Die Erhöhung in der Belegschaft der Waggonfabrik van der Zijpen & Charlier von 500 auf 800 Arbeiter wurde als inzident angesehen, da es sich hier um die Erledigung eiliger Auslandsaufträge

⁶ Das ganze ebda., Oberpr. Koblenz an Min. für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, 10. Okt. 1878.

handelte. Die hier an anderer Stelle genannte Verminderung der Bautätigkeit führte in der Noldenhütte in Firmenich (Kreis Euskirchen) zu Entlassungen. Die Belegschaft wurde von 57 auf 17 Arbeiter reduziert. In der Eisenindustrie hatte die Friedrich-Wilhelms-Hütte im Siegkreis zwar einen Belegschaftszuwachs von 50 Arbeitern zu verzeichnen, dagegen wurde etwa angesichts der fallenden Erzpreise auf dem Weltmarkt die Kupfererzgrube Harmonie bei Eitorf geschlossen. In den Tuchfabriken des Kreises Wipperfürth wurden Arbeiter entlassen, Kurzarbeit stand bevor. Wenig aussichtsreich gestaltete sich auch die Lage der schon im 1. Quartal auf Lager arbeitenden Baumwollspinnereien in Engelskirchen. Allerdings besserte sich im Laufe des Jahres die Situation der Tuchfabriken und Kunstwollspinnereien ein wenig, während in der Investitionsgüterindustrie (Maschinenfabriken) Betriebseinschränkungen und -stillegungen vorgenommen, Arbeiter entlassen oder Löhne gedrückt wurden⁷. Während die Kreise des *Koblenzer Bezirks* eine unterschiedliche Entwicklung aufwiesen – Kreuznach und Altenkirchen mit ihrer Schwer- und Lederindustrie vermochten ihre Belegschaftszahlen zu erhöhen, in Neuwied und Wetzlar wurden Arbeiter entlassen oder Kurzarbeit eingeführt –, verzeichnete die Eisen- und Textilindustrie des *Aachener Bezirks* zunächst eine negative Bilanz. Zwar konnten sich im Laufe des Jahres einige Werke wieder etwas erholen, jedoch klagten die meisten Unternehmer über die niedrigen Preise, die eine Verzinsung des Betriebskapitals zunächst unmöglich zu machen schienen. Die Zollgesetzgebung von 1873 forderte hier ihren Tribut und förderte die hemmungslose Konkurrenz mit der deutlichen Folge der Überproduktion. Da der milde Winter Arbeiten im Straßenbau zuließ, konnte nach Ansicht der Behörden von Notstand unter der Bevölkerung keine Rede sein, wenngleich einzuräumen war, daß sich der Standard der Arbeiter erheblich verschlechtert hatte und daß diese sich »Entbehrungen auferlegen mußten, an welche sie lange Jahre nicht gewöhnt« waren⁸. Es mochte im Regierungspräsidium der Beruhigung dienen, daß ein Teil der Arbeiterschaft als Eigenbewirtschafter eines Kottens noch Verdienst- und Unterhaltungsmöglichkeiten hatte.

Im *Regierungsbezirk Trier* drohte im Bergbau Kurzarbeit, wenn nicht gar Entlassung von Arbeitern für das Frühjahr 1878, falls nicht bald eine deutliche Verbesserung in der Absatzlage eintrat. Die im Oktober des Vorjahres zu verzeichnende Steigerung der Förderung und des Verkaufs war lediglich auf die Deckung eines plötzlichen Mehrbedarfs an Hausbrandkohle sowie auf die zu geringe Konkurrenzfähigkeit der Ruhrkohle infolge zu niedrigen Wasserstands des Rheins zurückzuführen gewesen. In der Eisenindustrie war mit Arbeitszeitverkürzungen zu rechnen. Für die Wöcklinger Hüttenwerke mit immerhin 400 Arbeitern (1877) stand Betriebseinstellung in Aussicht. Wenig Chancen für eine Besserung der schon lange dauernden schlechten Geschäftslage gab es auch für die Quinter Eisenhütte sowie für die Maria-Hütte im Landkreis Trier. Vollbeschäftigt war nur die Dillinger Hütte, die der deutschen Marine ihre erste, als gut befundene Panzerplatte geliefert hatte. In der Steinzeug-, Fayence- und Tonwarenbranche stockte vor allem der Absatz nach Frankreich. Hiervon waren vor allem die Boch-Werke in Mettlach betroffen, die Kurzarbeit einführten und ihre Arbeiter auf einen – wie es hieß – »beschränkten Verdienst« verweisen mußten. In Gerbereien, Ziegeleien, Tabakfabriken und Wollspinnereien traten jedoch im letzten Quartal 1877 weder Kurzarbeit noch Arbeiterentlassung oder Lohnsenkung auf⁹.

7 Ebda.

8 Ebda., Reg. Pr. an Oberpr., 8. Jan. 1878.

9 DZA Merseburg, Rep. 120 BB, Abt. VII, Fach 1 b, Bd. 3, Beih., Reg. Trier an Oberpr., 7. Jan. 1878.

Das 1. Quartal des neuen Jahres bot keinerlei Besserung der Lage. Erste Leidtragende waren die Belegschaften der Kohlengruben vor allem in den südlichen Kreisen des Bezirks. Bei erheblicher Preissenkung und beträchtlich verringertem Absatz (im Januar 1878 300 000 Ztr. weniger als im gleichen Monat des Vorjahres) genügte auch die Einführung von Feierschichten nicht mehr als Auskunftsmittel. Arbeiter mußten entlassen werden. Solchen Maßnahmen lief eine schon im Dezember 1877 begonnene Lohnsenkung parallel. Die Misere galt für die staatlichen wie für die privaten Bergwerke gleichermaßen. Ein Teil der Belegschaft fand Beschäftigung beim Eisenbahnbau im Fischbachtal sowie bei der Kanalbauverwaltung an der Ensdorfer Schleuse. In der Eisenindustrie zu Saarlouis und Dillingen vermied man zwar Entlassungen, schritt jedoch zu Lohnsenkung und Kurzarbeit. In der Fayence- und Steingutbranche drohte jetzt bei einigen Unternehmen sogar der Konkurs. Hier zeigten sich allerdings höchst unterschiedliche Entwicklungen, die weniger vom allgemeinen Konjunkturabschwung als ganz simpel vom Grad der gewieften Konkurrenzfähigkeit abhingen. Gerbereien und Lederfabriken vermochten weiterhin recht ungestört zu arbeiten¹⁰.

Diese Ausgangslage des Trierer Bezirks hat sich bis Oktober 1878 keineswegs gebessert, im Gegenteil: Da die westfälische Kohle in zunehmendem Maße mit der Saarkohle konkurrierte, ging der Absatz weiter zurück, nahm der Beschäftigungsstand erheblich ab, sanken die Löhne. Da die Bergleute zum Teil eine Dauerbeschäftigung in der Landwirtschaft, zum Teil auch bei der Saar-Kanalisation fanden, gab sich die Regierung in Trier zunächst einigermaßen beruhigt, da sie glaubte, keinen direkten Notstand befürchten zu müssen. Die Lage der Eisenindustrie blieb im gesamten Berichtszeitraum relativ unverändert¹¹.

II.

Die Attentate Hödels und Nobilings auf den Kaiser – beide Anschläge hatten nichts mit der Sozialdemokratie zu tun – kamen dem Reichskanzler sehr gelegen, um die Repressionspolitik gegen die Sozialdemokratie einzuleiten. Im folgenden geht es darum, die Vorbereitung dieser Verfolgung darzustellen, den Umfang der frühen Repression zu ermitteln, die Verbreitung der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz, Streuung und Stärke der Organisation, Form und Einfluß der Agitation festzuhalten. Daß sich dabei die Arbeiterbewegung – gleich welcher Observanz, Lassalles Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) ebenso wie Bebels und Liebknechts Sozialdemokratische Arbeiterpartei – schon viele Jahre lang der angestrengten Beobachtung seitens der Behörden erfreute, bedarf hier wohl keiner besonderen Betonung. Angesichts des Stimmenzuwachses bei den Reichstagswahlen ist dies durchaus verständlich. Schon 1871 hatte doch die Sozialdemokratie (ADAV) in der Rheinprovinz einen Zuwachs von 50 v. H. (20 427 Stimmen insgesamt) zu verzeichnen gehabt, 1874 dann nur geringfügig zugenommen, um 1877 wieder um 50 v. H. auf 30 960 Stimmen anzusteigen.

Nach den Attentaten vom Frühsommer 1878 setzte erst recht eine hektische Kontrolle ein, die nunmehr vollends gerechtfertigt zu sein schien, zumal eine Radikalisierung der Arbeiterschaft gewiß nicht zu übersehen war und auf Reichsebene 1877 der durch die Vereinigung der beiden Fraktionen 1875 entstandenen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) immerhin 493 192 Stimmen gegeben worden waren. Ein erster dringlicher Erlass erging

¹⁰ Ebda.

¹¹ Ebda., Oberpr. Koblenz an Min. für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, 10. Okt. 1878.

am 1. Juni 1878 an die Regierungspräsidien. Da sprach Innenminister Eulenburg von den verderblichen Lehren der Sozialdemokratie, die nun auch in früher »unzugängliche« Kreise gedrungen sei. Nicht allein, daß das Ministerium die nachgerade authentischen Kategorien der Zeit – die Liebe zu König und Vaterland, Gesittung und Religion – in der ihnen eigenen Basis, in der Eigentumsordnung, bedroht sah, zugleich wurde ganz im Sinne Bismarcks die Arbeiterschaft für mitschuldig an der ganzen wirtschaftlichen Misere befunden, insofern man »Beunruhigung« und »Unzufriedenheit« der Wirtschaftskreise als Grund für die wenig verheißungsvolle Konjunktur anbot. Gemeint war offensichtlich, daß die Sozialdemokraten das Investitionsklima verdarben. »Es ist Pflicht«, so hieß es dann, »derartigen Agitationen entschieden entgegenzutreten und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln, unter sorgfältiger Einhaltung der durch die Gesetze gezogenen Schranken, innerhalb derselben aber bis an die Grenze des Zulässigen Gebrauch zu machen«. Der Erlaß wies jedoch nicht nur die Behörden an, den Kampf gegen die Sozialdemokratie verschärft durchzuführen, sondern rief praktisch auch die Gesellschaft selbst auf, Maßnahmen gegen sozialdemokratische Agitatoren zu ergreifen. »Zweckentsprechende Tätigkeit« hieß das, was im Klartext etwa Entlassung von sozialdemokratischen Arbeitern aus dem Arbeitsverhältnis bedeuten konnte. Maßnahmen waren vor allem da zu ergreifen, wo die Sozialdemokratie neuen Boden zu gewinnen suchte¹².

Ehe noch behördliche Empfehlungen an die einzelnen privatwirtschaftlichen Sektoren ergingen, ließen sich für den Bereich der Staatsbetriebe schon deutliche Anweisungen erteilen. Das galt für die Bergwerke ebenso wie für die Eisenbahnen und die Bauverwaltung. Im Jahre 1877 waren schon entsprechende Maßnahmen gegen sozialdemokratische Agitatoren in den Bergwerken des Saargebietes ergriffen worden. Wiewohl sich die Regierung über das Eindringen der Sozialdemokratie in die Bergbaubevölkerung sorgte, glaubte sie sich gegenüber der Sozialdemokratie durchaus noch in der Vorhand, solange sie meinte, auf die zahlreichen »humanitären Einrichtungen für die Pflege und Hebung des materiellen und geistigen Wohles der Arbeiter und ihrer Familien« im staatlichen wie im privaten Bergbau setzen zu können. Hier herrschte sicherlich noch eine aus der Tradition des Bergbaus erwachsene, aber auch in der Aktualität begründete feste Überzeugung von dem in letzter Instanz nicht zu überrollenden Sonderbewußtsein des Bergarbeiters, das sich nicht einfach als Arbeiterbewußtsein deklarieren ließ, so daß jene, die schließlich den sozialdemokratischen Agitatoren folgten, in den Augen der Regierung als »Irregeleitete« galten, denen gegenüber nicht allzu strenge Maßnahmen angewandt werden durften. Maßnahmen in den Privatbergwerken waren nach Absprache mit Landräten, Polizeibehörden oder Bezirksregierungen zu treffen¹³.

Ein frühes Interesse galt den Eisenbahnbeamten, die an Versammlungen, Resolutionen oder Eingaben der Partei teilnahmen. Sie waren unverzüglich zu entlassen. Zumindest war Versetzung vorgesehen, wenn sich die Beteiligung an Demonstrationen der Partei als »Irrtum« erweisen sollte. Für die Arbeiter der Eisenbahnen galt zwar die gleiche Methode des Vorgehens, aber Berlin glaubte, durch betonte soziale Fürsorge, etwa durch Bereitstellung von Arbeiterwohnungen oder durch »verständige« Lohnfestsetzung und Regelung der Arbeitszeit, diese am meisten gefährdete Gruppe einkapseln zu können. Entsprechende

12 Zirkularerlaß, hier nach Exemplar im STA Münster, Reg. Münster VII, Nr. 61, Bd. 1, 1. Juni 1878.

13 Ebda., Schreiben des Min. für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten an alle Berghauptleute, 3. Juni 1878.

Empfehlungen sollten auch an die Direktionen der Privatbahnen sowie der größeren Industriebetriebe gehen¹⁴. Von seiten der rheinisch-westfälischen Industrie blieb die Reaktion, die auf Unterdrückung zielte, nicht lange aus.

Schon am 15. Juni fand in Düsseldorf eine gemeinsame Beratung von Vertretern mittelhheinischer Fabrikantenvereine mit rheinisch-westfälischen Wirtschaftsvereinen statt, in der eine Großkundgebung gegen die Sozialdemokratie für den 24. Juni in Düsseldorf beschlossen wurde. Als Hauptveranstalter darf wohl der »Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen« (Langnamverein) angesehen werden. Auf dem Kongreß (600 Industrielle) am 24. Juni wurde dann eine Reihe von Resolutionen angenommen, in denen fast alle größeren Werke des Bezirks sowie die Eisenbahnverwaltungen ihren Arbeitern verboten, sich irgendwie mit sozialdemokratischen Bestrebungen zu liieren. Vom »Ausmerzen« der unlauteren Elemente war die Rede, von der Solidarität der Unternehmer zugleich und von der Änderung der Gesetze, um jede »staats- und kulturfeindliche Agitation« von vornherein abwürgen zu können¹⁵.

Ähnliches galt auch für die staatlichen Baubehörden. Die Beamten der unteren Ränge sollten hier nachgerade präventiv kontrolliert werden. Die besondere Aufmerksamkeit in diesem Sektor galt jenen Baustellen der staatlichen Bauverwaltung, an denen Arbeiter in großer Zahl und für längere Zeit beschäftigt waren. Hier galt es einmal, die Baustellen von jeder sozialistischen Agitation abzusperren – Mitglieder der SAP durften gar nicht erst eingestellt werden –, zum anderen galt es, durch forcierte Sozial- und Lohnpolitik die Arbeiter an die bestehende Ordnung zu binden, sie vom Wert der Institutionen zu überzeugen. Die Kontrolle war in enger Zusammenarbeit zwischen Bauräten, örtlichen Bau- und Polizeibehörden sicherzustellen¹⁶.

Der staatliche Wirtschaftssektor war natürlich nur ein Teilbereich, und die hier vorgetragenen Maßnahmen sollten gleichsam im Selbsthilfeverfahren der Unternehmer Verbreitung finden. Als zentrale Instanzen, die ihre Mitglieder zur Agitation und Aktion auffordern mußten, fungierten nach den Berliner Vorstellungen alle Handelskammern und ähnliche kaufmännische Vereinigungen. Selbsthilfe, das hieß hier dann nicht allein patriotische Verpflichtung zu solchem Vorgehen, sondern schlicht Sorge um die Selbsterhaltung¹⁷. Auch wenn einmal das Geschäftsinteresse stringenten Maßnahmen im Wege stand, war doch in aller Schärfe vorzugehen. Allerdings plädierte die Berliner Regierung nicht für Massenentlassungen, wohl um die Unruhe unter der Arbeiterschaft nicht zu erhöhen. Die Betriebe im Saargebiet, im Dortmunder Raum sowie im Bergischen (Solingen) unternahmen solche Schritte, indem sie Arbeiter mit Entlassung bedrohten – in jener Periode der Depression immer ein wirksames Mittel der Repression¹⁸.

Noch vor den Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878 (Attentatswahlen) erging vom Innenministerium an die nachgeordneten Behörden die Mitteilung, daß die Regierung dem Reichstag nach den Wahlen einen Gesetzentwurf vorlegen werde, nach welchem Vereine, Versammlungen und Druckschriften, die sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten

14 Ebda.

15 Dokumentiert in HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060. Vgl. hierzu auch *Heinrich Karl Schmitz*, Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung im Raum Düsseldorf, Hannover 1968, S. 146 f.

16 Fundort siehe Anm. 12; 14. Juni 1878.

17 Ebda., 13. Juni 1878.

18 HSTA Düsseldorf, LA Erkelenz 183.

Bestrebungen dienen, verboten werden sollten. Die hier sichtbare Spannweite von »sozialdemokratisch« bis »kommunistisch« entsprach durchaus dem undifferenzierten Sprachgebrauch der Zeit und meinte wohl nicht spezifische Organisationen, sondern zielte ganz allgemein auf alle Bestrebungen oder alle Kritik, die als Bedrohung der bestehenden Ordnung gedeutet werden konnten. Verfolgt werden sollten nicht nur Agitatoren und Wanderredner (Ausweisung), sondern auch die Inhaber von Schank- und Gastwirtschaften sowie Presseverlage, soweit diese für solche Bestrebungen benutzt wurden oder sich benutzen ließen. Wenn man weiß, daß eben Gastwirtschaften die wesentlichen, so nicht die einzigen Versammlungsorte für sozialdemokratische Vereine abgaben, dann kann man die Bedrohung ermessen, die von dem Plan ausging.

Die Ausführung des Gesetzes, über dessen Annahme man sich naturgemäß noch nicht sicher sein konnte, bedurfte offensichtlich schon im Juli der sorgfältigen Vorbereitung. Jedenfalls erging an die jeweiligen Regierungspräsidien der Auftrag, für den eigenen Amtsbereich eine tabellarische Übersicht über Vereine, periodische Druckschriften und Agitatoren zusammenzustellen. Unter »Vereine« fielen auch genossenschaftliche Kassen, »welche den bezeichneten Bestrebungen dienen«. Dabei war jeweils der Vereinszweck anzugeben. Neben einer Vielzahl von Vereinsdaten, die u. a. Angaben über etwaige Verbindungen zur SAP und zur »Internationale« enthalten sollten, war gutachtlich die Anwendung der künftigen Verbotsbestimmungen an- oder abzuraten. Die Druckerzeugnisse mußten für den gleichen Zweck inhaltlich auf ihre Tendenz hin analysiert, die Namen der Redakteure, Verleger und Drucker angegeben werden. Im Zusammenhang mit der über die Agitatoren anzufertigenden Liste legte die Regierung nicht nur Wert auf die Namen der Personen selbst, sondern auch auf deren Wirksamkeit, die Art und Zahl der Versammlungen sowie die Besucherzahl und die soziale Zusammensetzung der Zuhörerschaft. Zugleich sollten sich die Landräte mit der Ausbreitung der sozialdemokratischen Agitation auf dem platten Lande befassen, soweit diese über die bloße Verbreitung von Flugschriften hinausging¹⁹.

Berlin bewies in dieser Frage nicht nur Eile, sondern wollte sogleich nach Verkündung des Gesetzes zu einem umfassenden Schlag gegen die Sozialdemokratie ausholen, nicht erst danach in mühsamer Kleinarbeit von Fall zu Fall vorgehen. Daher zeigte sich Innenminister Eulenburg auch einigermaßen irritiert, als die am 25. Juli geforderten Auskünfte nicht in einer Form einkamen, die eine streng an das Gesetz gebundene einmalige wirkungsvolle Aktion gegen die Sozialdemokratie erlaubte. Die Ermittlung im Sektor »Vereine« bedurfte eines besonders sorgfältigen Vorgehens. Die Frage war zu beantworten, inwieweit es sich bei den Vereinen um Zweigorganisationen eines Haupt- oder Zentralvereins handelte. Angesichts der zentralistischen Struktur der Sozialdemokratie lag es nahe, daß die weitverzweigten Fachvereine sozialdemokratischer Tendenz als Zweigvereine einer Gewerkschaft fungierten. Da der Gesetzentwurf auch das Verbot des Zweigvereins vorsah, brauchte man nach Verkündung des Gesetzes nicht erst jeweils zu ermitteln. Das gesamte Netz sollte mit einem Schlag zerrissen werden, sobald man die Belege hatte. Bei den nichtpolitischen Vereinen (Kultur, Bildung, Geselligkeit) waren in jedem Einzelfall die Tendenz zu eruieren, die politische Zugehörigkeit der Mitglieder etwa zu untersuchen, Beziehungen zu ausgesprochen sozialdemokratischen Vereinen zu überprüfen²⁰.

Dabei glaubte die Regierung, nicht nur repressiv, sondern auch aufklärend vorgehen zu müssen. Sie legte einen Katalog von 10 Broschüren vor, die bei Annahme des Gesetzes sozu-

¹⁹ Ebda., 25. Juli 1878.

²⁰ HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 30429, 14. Sept. 1878.

sagen als literarische Lückenbüßer funktionieren sollten. Man wollte dem »Lesebedürfnis der beteiligten Kreise« entgegenkommen. Eine nähere Analyse der Schriften – Sprachgebrauch, Argumentationsweise usw. – kann hier nicht geleistet werden und muß einer umfassenden Studie vorbehalten bleiben. Festzuhalten ist lediglich, daß die Bezirksregierungen für die Verbreitung dieser Gegenpropaganda zu sorgen hatten. Wo die Regierungen eine unentgeltliche Massenverbreitung für ratsam erachteten, empfahl sich eine ganz bestimmte Art von Broschüren. Sicherlich ist der Hinweis nicht ohne eine gewisse Pikanterie, daß in jener Phase noch die im Vorjahr erschienene antisozialdemokratische erste Fassung von Franz Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie^{20a} »vorzugsweise geeignet« erschien, »Informationen über die Entwicklung und das Wesen der Sozialdemokratie zu verschaffen«. Sie sollte vor allem den mit der Überwachung der Sozialdemokratie befaßten Beamten zur Lektüre empfohlen werden²¹.

Wendet man sich der Lage in den einzelnen Bezirken der Rheinprovinz zu, dann ist zunächst festzuhalten, daß von den 26 168 Stimmen, die der SAP bei den Reichstagswahlen 1878 verblieben, 21 225 auf den *Regierungsbezirk Düsseldorf* entfielen. Das bedeutete für diesen Bezirk gegenüber 1877 (29 029 Stimmen) einen Rückgang von 26,88 v. H., der demnach über dem durchschnittlichen Rückgang in der Rheinprovinz lag (20,6 v. H.)²². Düsseldorf war der Bezirk mit der stärksten industriellen Konzentration. Zu ihm zählte die linksrheinische Tiefebene ebenso wie das Bergische Land, das Wuppertal und Essen mit seinem starken Anteil an Christlich-Sozialen. Hier im Bezirk aber konnte die Partei immerhin einen Reichstagssitz erobern, und zwar in Elberfeld-Barmen mit dem in wachsendem Maße zu anarchistischen Positionen neigenden Wilhelm Hasselmann. In der Stichwahl erhielt Hasselmann hier 15 220 Stimmen. Köllmann vermutet, daß dieser Erfolg z. T. auf die Erbitterung der Arbeiter über Polizeiwillkür zurückzuführen war²³. Elberfeld-Barmen war sicherlich ein bevorzugter Agitationsraum der Sozialdemokratie, die dorthin führende Parteimitglieder (Reichstagsabgeordnete) zu Volksversammlungen entsandte, die, wie Bergmann in einer Zusammenstellung nachgewiesen hat²⁴, recht stark besucht waren. Wenn der Elberfelder Oberbürgermeister im Juni 1878 mitteilte, daß die Sozialdemokraten in seinem Verwaltungsbezirk »nach Tausenden« zählten, dann kann das nicht als eine für bürgerliche Kreise ansonsten durchaus typische Übertreibung gewertet werden; denn sicher ist, daß die Zahl der sozialdemokratischen Anhänger weit über die Mitgliedschaften in gewerblichen und kulturellen Vereinen (Lese- und Dramatische Vereine) hinausging. Zudem wurde die »Bergische Volksstimme. Organ für das arbeitende Volk« (seit 1876 mit Hasselmann als Redakteur) zu 2000 Exemplaren aufgelegt, von denen 1000 allein in Elberfeld

20a Franz Mehring, Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre. Eine historisch-kritische Darstellung, Bremen 1877.

21 STA Münster, Reg. Münster VII, Nr. 62 f., Schreiben Eulenburs vom 14. Aug. 1878.

22 Vgl. Schmitz, S. 148 und Dieter Dowe, Organisatorische Anfänge der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen bis zum Sozialistengesetz von 1878, in: *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, hrsg. von Jürgen Reulecke, Wuppertal 1974, S. 51 – 80, hier S. 79.

23 Vgl. Wolfgang Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960, S. 50; ferner auch Dowe, a. a. O., S. 79.

24 Bei Günther Bergmann, Das Sozialistengesetz im rechtsrheinischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Sozialdemokratie im Wuppertal und im Bergischen Land 1878 – 1890, Hannover 1970, S. 19, Anm. 63.

verkauft wurden²⁵. Der agitatorische Wert der Volksversammlungen, die entweder unter freiem Himmel oder in Schützenheimen und Gasthäusern stattfanden, sollte darüber hinaus nicht unterschätzt werden. Der Verlauf solcher Versammlungen wurde von einem eigens dazu behördlich engagierten Stenographen aufgezeichnet – mit allen Beifalls- oder Mißfallensäußerungen der Versammlung.

Am 3. März 1878 etwa trat der Reichstagsabgeordnete Johann Most gleich zweimal auf – zunächst am Morgen auf dem Elberfelder Johannisberg, sodann abends in der Barmer Schützenhalle. Der Inhalt seiner Reden ist insofern interessant, als hier nicht allgemein über die Notlage der Arbeiter, die wirtschaftliche Misere und die Segnungen des Sozialismus gesprochen wurde, sondern der Angriff der als spezifisches Hindernis empfundenen christlichen Kirche galt. Gerade im Wuppertal, dessen pietistische Frömmigkeit doch schon der junge Engels in seinen »Briefen aus dem Wuppertal« beschrieben hatte, konnten Stellung und Anspruch der Kirche in der Gesellschaft ein durchaus ergiebiges Thema sein. Most schüttete in der ihm eigenen Art und in aller Schärfe seinen Spott über Christentum und Kirche aus. Es war insgesamt ein Aufruf, der Kirche den Rücken zuzuwenden. Als Hinweis auf den Einfluß sozialdemokratischer Agitation mag dienen, daß sowohl auf dem Johannisberg (über 1000 Teilnehmer) wie am gleichen Tage in der Barmer Schützenhalle die Zahl der Opponenten äußerst gering war, zwar zu Worte kam, jedoch – nach der stenographischen Mitschrift – im wesentlichen von Mißfallensäußerungen begleitet wurde²⁶.

Hasselmann, der führende Sozialdemokrat des Wuppertals, konnte am 27. Mai in einer von 400–500 Personen besuchten Volksversammlung in der Schützenhalle bei Rehse nach dem Fall des ersten gegen die Sozialdemokratie gerichteten Gesetzentwurfs nicht ohne deutlichen Triumph auf den Erfolg hinweisen und unterstrich dabei die Lebenskraft von Partei und Idee. Für eine auf Sozialistenfurcht getrimmte bürgerliche Umwelt mußte der sicherlich nicht zu Unrecht vorgetragene Hinweis Hasselmanns erschreckend wirken, wenn er die Stärke der Sozialdemokratie eben nicht am organisatorischen Bestand, sondern an der die Klassenmitglieder verbindenden Idee maß. Die über die organisatorische Bindung hinausgehende politische Kraft des Gedankens mochte dann in jener Phase nicht unbedingt ein neuer Topos sein, aber er wirkte sich dort wohl stärker aus, wo der Zusammenhalt der Gegenseite durch wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zumindest gestört war. Hasselmanns Rede enthielt die Gründe für das Scheitern künftiger Sozialistengesetze, wie immer diese auch gehalten sein mochten. Nachdem er dargelegt hatte, daß die Reaktion letztlich nur beitrage zur Ausbreitung des Sozialismus und daß man keinen Schritt zurückweiche, hieß es: »In diesem Sinne gilt es, daß das Rheinische Volk, welches das feurigste Volk von ganz Deutschland ist, der Reaktion entgentrete. Es gilt, wenn die Vereine aufgelöst werden, eine Organisation der Freundschaft zu schaffen, die aber nicht eine Organisation der Verschwörung ist. Wir müssen ein Verzeichnis der treuen Sozialisten haben, das wie die Arrestbücher anzeigt, wo Parteigenossen wohnen. Wir wollen eine Genossenschaft der Brüderlichkeit herbeiführen. Dadurch, daß man nicht mehr in die Versammlungen geht, würde man von Haus zu Haus gehen und polemisieren und kannegießern. Und diese Organisation der Freundschaft kann niemand verbieten [...]«²⁷.

25 *Ebda.*, S. 19 f.

26 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060. Mit Begleitschreiben von OB Bredt an Reg. Pr. von Hagemeister.

27 Zitat aus dem Versammlungsbericht *ebda.*

Wegen dieser und einer zuvor in Barmen beim Wirte Abraham Stöckermann gehaltenen Rede wurden Hasselmann und der Sattler Friedrich Mann in Untersuchungshaft genommen (Verstoß gegen § 130 StGB). Es bedurfte schon einer hypertrophen Furcht, wenn man glaubte, diesen Paragraphen auf die insgesamt zwar kräftigen, jedoch über die Gepflogenheiten des politischen Kampfes nicht hinausgehenden Auslassungen anwenden zu müssen²⁸. Aber in den Tagen und Wochen nach dem zweiten Attentat (Nobiling) meinten die Behörden eben, nicht nur führende Agitatoren verfolgen, sondern auch jede geringste, der Majestätsbeleidigung verdächtige Äußerung untersuchen zu müssen. Die Verfolgung erstreckte sich auf Straße und Wirtshaus gleichermaßen.

Im letzten Junidrittel stellte der Elberfelder Oberbürgermeister zur Orientierung des Regierungspräsidenten von Hagemester ein Verzeichnis der sozialdemokratischen Vereine der Stadt mit der Zahl der Mitglieder zusammen. Demnach galten als sozialdemokratische Vereine (Mitgliederzahlen in Klammern): 1. Elberfelder Volksverein (35), 2. Verein für Volksbildung (15), 3. Distelbecker Leseverein (31), 4. Allgemeiner Tischlerverein (54), 5. Allgemeiner Deutscher Schneider-Verein (10), 6. Allgemeiner Schuhmacher-Verein (20). Es war wohl nicht übertrieben, wenn der Beamte die geringen Mitgliederzahlen als irrelevant für die tatsächliche Anhängerschaft bezeichnete. Die Ursachen solcher quantitativen Differenz glaubte er in einem gewissen Unwillen der Arbeiter suchen zu müssen, sich an Vereinssatzungen zu binden oder regelmäßig Beiträge zahlen zu müssen, »wenn auch sonst diese Personen selbst durch pekuniäre Opfer die sozialistische Sache fördern helfen«. Die Möglichkeit wurde zudem nicht ausgeschlossen, daß nicht alle Mitglieder auf den Vereinslisten erschienen. Sicherlich war – außer beim Elberfelder Volksverein (»Seele der Sozialdemokratie«), der sich politischer Verein nannte – der Vereinszweck in den Statuten unter Belehrung und Unterhaltung sowie unter Verbreitung gewerkschaftlicher Mitteilungen zu rubrizieren, gleichwohl hatten die Behörden geglaubt, geheime Überwachung anordnen zu müssen.

Die Statuten als »Deckmantel für sozialistische Agitationen«, zu diesem Ergebnis eben war man in der Elberfelder Polizei gekommen und hatte schon mehrere Bestrafungen der Vereinsspitzen oder der Wirte vorgenommen. Bis zur Zusammenstellung des Berichtes waren aufgrund richterlicher Verfügung der ADAV (1874), der Allgemeine Deutsche Maurerverein (1878), der Elberfelder Arbeiterverein (1877) und der Allgemeine Deutsche Sattlerverein (1878) geschlossen worden. Als Hauptvertreter der sozialdemokratischen Agitation erschien – wohl naturgemäß – Wilhelm Hasselmann, neben ihm standen im Mittelpunkt polizeilichen Interesses der (1) Weber und Wirt Friedrich Harm, der später noch den Wahlkreis Elberfeld-Barmen im Reichstag vertreten sollte, der aus Bayern zugewanderte (2) Schneider Peter Hüttenberger (seit 8 Jahren im Wuppertal wohnhaft), der (3) Schuhmacher Johann Bastian aus Hessen-Nassau, der (4) Schneider Johannes Schumacher aus Schleswig (erst ein Jahr in Elberfeld ansässig), der (5) Tagelöhner Johann Wimmer, der als Bote und Expedient der »Bergischen Volksstimme« arbeitete, der (6) Schriftsetzer H. Wüsthoff, der (7) Schneider Friedrich Dick, der (8) Maurer Friedrich Hesse, der (9) Tischler Heinrich Luckhard aus dem Großherzogtum Hessen (seit sechs Jahren ansässig), der (10) Schuhmacher Friedrich Mai aus Frankfurt, der (11) Kaufmann und Zigarrenmacher Georg Ringsdorf, der (12) aus Enschede kommende Anstreicher Johann Siedhoff sowie der (13) aus dem Kreis Bitburg stammende Schneider Nikolaus Thomasser. Wichtigste Agitatoren waren

²⁸ Ebda., 15. Juni 1878, OB Bredt an Reg. Pr. von Hagemester.

allerdings die unter 1–6 genannten Personen, da sie nicht nur in den Vereinsversammlungen auftraten, sondern selbst größere Volksversammlungen veranstalteten und dort offensichtlich erfolgreich wirkten. Die unter 7–13 genannten Personen schienen dagegen die Agitation im täglichen persönlichen Umgang mit Arbeitern vorzuziehen.

Wenngleich die Behörde nun die Zahl der sozialdemokratischen Anhänger pessimistisch noch »nach Tausenden« zählte, glaubte sie doch feststellen zu können, daß das Nobilingsche Attentat auch Teilen der Anhängerschaft die Augen geöffnet habe. Es kann nun im einzelnen kaum ermittelt werden, inwieweit bei dieser Feststellung des Oberbürgermeisters Jaeger der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Von größerem Einfluß auf etwaige Zurückhaltung dürfte auf jeden Fall die Ungewißheit der Arbeiter über die Härte der Repression sowohl seitens der Polizei als auch der Arbeitgeber gewesen sein, denn daß nunmehr eine verschärfte Verfolgung einsetzen würde, das stand außer Zweifel.

In dieser Hinsicht war die Hoffnung auf eine Schwächung der Partei sicherlich durchaus berechtigt, und es war auch nicht abwegig, wenn Äußerungen über die Stärke der Sozialdemokratie in den bevorstehenden Wahlen als verzweifelter Versuch gedeutet wurden, die Mitglieder bei der Bewegung zu halten. Die allseits empfundene Bedrohung wollte Jaeger dann auch noch weiter konkretisiert wissen. Das geltende Recht reichte ihm nicht. Dieses hatte die Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht verhindern können, da sich die Agitatoren vorsichtig an den gesetzlichen Rahmen hielten, wiewohl sie im Grunde – so der Oberbürgermeister – das Ungesetzliche meinten. Jedenfalls reichten ihm auch die neuen, im Entwurf zum Sozialistengesetz enthaltenen Maßnahmen nicht aus. Zumindest wollte er die Beschlagnahme der Druckereiausrüstungen sowie die Landesverweisung von Agitatoren eingeführt sehen. Zugleich schlug er permanente Belehrung der Bevölkerung über den utopistischen Charakter der sozialdemokratischen Lehren vor und setzte sich sogar für die Ausschreibung einer Preisschrift über die Unerreichbarkeit der sozialdemokratischen Ziele ein²⁹.

Eine ähnliche Übersicht stellte Oberbürgermeister Bredt für Barmen zusammen. Fünf Vereine nannte er, die als für die Staats- und Gesellschaftsordnung gefährlich anzusehen waren: den Arbeiter-Wahlverein, der als Nachfolgeorganisation des ehemals verbotenen ADAV galt und dessen Mitgliedschaft und Führungsspitze mit dem früheren Verein identisch waren. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf etwa 100, »wogegen die Volksversammlungen des Vereins oft von mehreren Tausenden besucht waren«. Am Tage der Berichterstattung löste sich dieser Verein auf. Dazu kamen der Oberbarmer und Unterbarmer Leseklub, beide mit 150 Mitgliedern, der Dramatische Verein mit etwa 20 und der Gesangsverein »Bruderkette« mit 20–30 Sozialdemokraten. Haussuchungen bei den Vortragsabende veranstaltenden Mitgliedern des Leseklubs ergaben, daß die aus ungefähr 100 Bänden bestehende Bibliothek Lektüre teils belletristischen, teils sozialpolitischen und antichristlichen Inhalts war. Der Dramatische Klub führte bei sozialdemokratischen Festen Theaterstücke auf. Die genannten Vereine standen vor allem durch Doppelmitgliedschaften in engem Kontakt zueinander. Auch in Barmen galt Hasselmann als der Hauptagitator. Neben ihm agierte eine Reihe von Fabrikarbeitern und Handwerkern, die schon zu Lassalles Zeiten aktiv gewesen waren. Die Behörde nannte die Fabrikarbeiter Friedrich Frick, Wolf Gießler, Emil Beaupain, August Traut, Hermann Wolferts, Johann Baptist Meyer, Wilhelm Hasemeyer, den Metallarbeiter Wolf (Expedient der »Volksstimme«), den Schuh-

29 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 8846, 21. Juni 1878.

macher Johannes Mühlhausen, den Sattler Friedrich Mann, den Maurer August Ellinghaus sowie den Kleiderhändler Sigismund Löwenstein. Der Arbeiter-Wahlverein sorgte für Volksversammlungen und Ausflüge und wußte auch die Parteigroßen jener Zeit heranzuziehen. Über die Finanzquellen vermochte die Behörde keine Auskunft zu geben, zweifelte jedoch daran, ob Mitgliederbeiträge, Tellerkollekten auf Volksversammlungen oder einfache Sammlungen im Betrieb den Geldbedarf vor allem bei Wahlagitationen zu decken vermochten. Die »Bergische Volksstimme« war das Hauptorgan. Der »Vorwärts«, die »Zukunft« oder die »Neue Welt« fanden im Wuppertal offensichtlich nur wenige Leser. Die Tatsache, daß die Barmer Polizei die sieben Hauptredakteure des Blattes nacheinander inhaftierte, bietet schon einen Hinweis auf die Bedeutung, die man der Zeitung beimaß. Als wesentliches Instrument im Kampf gegen die Sozialdemokraten erschien die Entsendung eines Stenographen in die Versammlungen, der die Mitschrift unter Mitwirkung eines Polizeibeamten in Langschrift übertrug und unter Bezeichnung der inkriminierten Stellen dem Oberprokurator zur weiteren Veranlassung zusandte. Es ging schlicht darum, nur irgendwie eine gesetzliche Handhabe zu finden, um die Hauptagitatoren verhaften zu können. Das ließ sich eben nur dann durchführen, wenn man über ein wörtliches Redeprotokoll verfügte. Allgemeine Berichte über den Verlauf einer Versammlung halfen da nicht ³⁰.

Die schon an anderer Stelle genannte Aufklärung der Bevölkerung mit Hilfe einer großen Anzahl bestimmter Broschüren ³¹ sollte schon auf Volksschulebene beginnen. Dazu bedurfte es vorab einer Disziplinierung der Lehrer. Nachdem inzwischen im Regierungsbezirk Düsseldorf ein Lehrer wegen Majestätsbeleidigung angeklagt war, schien es doppelt angebracht, hier den Hebel anzusetzen, d. h. nicht nur gegen Staat und Gesellschaft gerichtete Aktivität (Parteimitgliedschaft), sondern auch Mangel an Mitwirkung bei der Gegenagitation waren schon zu melden. Als Zielgruppe der Gegenagitation boten sich in der Volksschule die vornehmlich aus sozialdemokratischen Familien stammenden Kinder, denen im Deutsch-, Religions- und Geschichtsunterricht das Verderbliche der Sozialdemokratie und des Sozialismus beizubringen war ³². In diesen Wochen regten sich auch die Instanzen der Privatindustrie ³³ und der Regiebetriebe. Die Elberfelder Eisenbahndirektion ließ per Anschlag Entlassung im Falle irgendeiner Verbindung mit der Sozialdemokratie androhen – entsprechend dem Wunsch des Regierungspräsidenten. Bis dahin waren schon einige Eisenbahner entlassen worden ³⁴. Zugleich wurden sozialdemokratische Wählerversammlungen scharf überwacht bzw. aufgelöst, einzelne Nummern der »Bergischen Volksstimme« beschlagnahmt. Der Auflösungsgrund einer Barmer Volksversammlung vom 29. Juni bestand in der Tatsache, daß in dieser als Wählerversammlung genehmigten Zusammenkunft eine große Anzahl nichtwahlberechtigter Jugendlicher anwesend war ³⁵. Die Auflösung wurde allerdings im nachhinein von Berlin aus mißbilligt.

Daß Furcht – von den Behörden als Schuldbewußtsein interpretiert – die Handlungsweise der Sozialdemokraten regierte, läßt sich am Beispiel des Barmer Arbeiter-Wahlvereins nachweisen. Nach der polizeilichen Kontrolle des Zu- und Abgangs der Mitglieder löste sich der Verein auf, weil die Vereinsführung befürchtete, daß die Polizeibehörde die Ar-

30 Ebda., Schreiben vom 24. Juni 1878.

31 Siehe oben S. 119 f.

32 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060, Reg. an sämtliche Kreis- und Stadtschulinspektoren, 26. Juni 1878.

33 Siehe oben S. 118.

34 Zu den Maßnahmen der Eisenbahnen siehe unten S. 135.

35 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060, 25. Juni und 6. Juli 1878.

beiter mit Hilfe der Mitgliederlisten bei den jeweiligen Arbeitgebern denunzieren würde – und dieses Zusammenspiel zwischen Unternehmern und Behörde war sicherlich nicht als Schimäre anzusehen. Im übrigen beschränkten sich die Arbeiter im wesentlichen auf Mund- und Haus-zu-Haus-Propaganda, was nach Meinung der Behörden niemals den Erfolg großer Volksversammlungen haben konnte. Dazu trat, daß sich die »Bergische Volksstimme« nach der Verhaftung ihrer Redakteure merklich zurückhielt³⁶.

Wie immer auch die hektische Repression aussah, im Wahlkreis Elberfeld-Barmen konnte sich bei den Reichstagswahlen schließlich doch Hasselmann in der Stichwahl mit 50,3 v. H. aller Stimmen durchsetzen. Den Ausschlag gab hier das Zentrum mit ungefähr 4000 Stimmen. »Die Frontstellung der Zentrumsparterie gegen den Staat kam hier deutlich zum Ausdruck«³⁷. Hasselmann siegte mit 15 218 Stimmen gegenüber dem nationalliberalen Vertreter Prell mit 14 108. Während die Hauptwahl am 30. Juli ruhig verlief, kam es am 7. August bei der engeren Wahl zu tätlichen Angriffen gegen die Polizei. Solche Störungen erfolgten keineswegs unerwartet, hatte doch Oberbürgermeister Jaeger bei von Hagemeister am Tage vor der Wahl vom 30. Juli für den Fall eines Aufruhrs die Entsendung von Truppen beantragt. Der Bitte wurde insofern stattgegeben, als auf Anordnung des Generalkommandos des VII. Armeekorps zwei Bataillone Infanterie und eine Abteilung Kavallerie für den Abmarsch nach Elberfeld bereitgehalten wurden. Der Grund der erhöhten Besorgnis Jaegers lag in der zur Ausübung des Wahlrechts notwendig gewordenen Entlassung Hasselmanns und einiger führender Elberfelder Sozialdemokraten. Schon wenige Wochen zuvor war es doch zugunsten Hasselmanns zu Auflauf und Hochrufen gekommen³⁸. Am 7. August sammelten sich »unabsehbare« Scharen abends in der Umgebung des Elberfelder Gefängnisses, warfen Steine gegen das Tor, riefen »Hasselmann raus!« und sangen die Arbeiter-Marseillaise³⁹. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in Barmen. Nach den Wahlen änderte sich am Gesamtbild der Repression bis hin zum Erlaß des Gesetzes vom 21. Oktober nichts mehr.

Im Kreis Solingen – ein weiteres wesentliches Zentrum der Sozialdemokratie – galt Gustav Luchtenberg, zunächst Fabrikarbeiter, sodann Redakteur der »Solinger Freien Presse« (Kopfblatt der »Volksstimme«), als Hauptagitator. Das Blatt, von den Behörden verächtlich als Winkelblatt bezeichnet, zählte immerhin 1300 Abonnenten. Daneben wurden kaum andere sozialdemokratische Organe gelesen. Luchtenberg wurde am 21. Juni wegen »Aus-schreitungen« in seinem Blatt zu vier Wochen Arrest verurteilt. Als Mitagitatoren traten in Solingen auf: Carl Rautenbach, August Schreiner, Robert Gerhards, Jacob Nahl, Eduard Speck, Karl vom Giesen, Ernst Evertz, Rudolf Wolfertz, Julius Deichmann, Ewald Schwarz; in Dorp: Gustav Leon, Ernst Bergmann, Eduard Knecht; in Graefrath: Carl Ernst, Johann Louis Schaub, Hermann Evertz. Alle kamen aus der Fabrikarbeiterschaft. Carl Rautenbach und Robert Gerhards waren als Commis beschäftigt. Die Behörde teilte mit, daß Rautenbach das Vertrauen der Arbeiter genieße. Carl Schaub war Kaufmann. Er sollte das Solinger Blatt finanziell unterstützen. Da die Solinger Wirte den Sozialdemokraten nur noch selten Räume zur Verfügung stellten, fanden fast gar keine Versammlungen

36 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 8846, 10. Juli 1878. Siehe auch *Hans Pelger*, Zur sozialdemokratischen Bewegung in der Rheinprovinz vor dem Sozialistengesetz, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. V, 1965, S. 377 – 406, hier S. 392 ff. Pelger hat die zusammenfassenden Juli-Berichte für die einzelnen Regierungsbezirke veröffentlicht.

37 *Bergmann*, S. 25 f.

38 STA Koblenz, Abt. 403, Nr. 6825, 9. Aug. 1878.

39 Ebda., in der Beilage zum Bericht des Düsseldorfer Reg. Pr.

mehr statt. Wie in Elberfeld und Barmen glaubte die Behörde auch in Solingen nach dem zweiten Attentat einen Rückgang der sozialdemokratischen Sympathien unter den Arbeitern feststellen zu können, die bis dahin zum Teil ihre »Interessen mit jenen der Sozialdemokraten identifiziert haben«. Gegenagitation wurde in Solingen von den Kriegervereinen unternommen⁴⁰, während auch die Unternehmer nicht nachließen, den Arbeitsplatz von Sozialdemokraten oder Sympathisanten in Frage zu stellen. Zumindest ließ der Besteckfabrikant J. A. Henkels in einem gedruckten Anschlag wissen: »Diejenigen aber, welche sich fernerhin durch irgendwelche Handlungen noch als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei kennzeichnen, werde ich unnachsichtlich entlassen«. Der Solinger Landrat schlug seinerseits eine Verschärfung des Vereinsgesetzes sowie eine Beschränkung des Wahlrechts als wirksame Kampfinstrumente gegen die Sozialdemokratie vor⁴¹. Bei den Wahlen zum Reichstag schließlich konnte Moritz Rittinghausen zwar im 2. Wahlgang auch die Zentrums-Stimmen für sich verbuchen, aber der Vorsprung des Nationalliberalen Melbeck (nach dem 1. Wahlgang) ließ sich nicht mehr einholen, der vor allem in den ländlichen Gegenden Stimmen hatte anziehen können⁴², wie überhaupt der Sozialdemokratie der Einbruch ins platte Land nur sporadisch gelang, und dann auch nur an Orten der Hausindustrie.

Ein weiterer zentraler Punkt der Sozialdemokraten war nachgerade traditionell der Kreis Lennep mit den Orten Ronsdorf und Remscheid. In Ronsdorf operierte eine sozialdemokratische Gruppe unter dem Namen »Leseverein« mit ungefähr 100 Mitgliedern. In Remscheid saßen der zahlenmäßig schwache Verein der Schmiede sowie der Wahlverein mit rund 100 Mitgliedern, »die als Vertrauensmänner der Partei« in diesem Gebiet auftraten. Gegen den Wahlverein wurde noch vor dem zweiten Attentat eine Untersuchung wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz eingeleitet. Die Polizei übergab die dabei zutage geförderten Mitgliederverzeichnisse den Arbeitgebern. Die Folge hieß Entlassung der Vertrauensmänner aus den Betrieben sowie Austritt eines Teils auf Veranlassung der Arbeitgeber. »In alle aber ist ein sehr heilsamer Schrecken gefahren«. Die Gefahr sozialdemokratischer Einflußnahme zeigte sich nach Ansicht der Behörden auch darin, daß es einigen Anhängern gelungen war, in unpolitischen Klubs von Handwerkern und Arbeitern (Gesellenläden) sowie in den Sterbe- und Krankenkassen Fuß zu fassen und dort zu agitieren. Die Ronsdorfer Agitatoren, unter denen Ernst Wilke eine wichtige Rolle spielte, waren sämtlich Bandwirker, in Remscheid und Wermelskirchen waren es Arbeiter, Handwerker und Wirte. Der Ronsdorfer Leseverein hatte im übrigen das alte Vertrauensmännersystem abgelöst, das nach dem Verbot des ADAV gebildet worden war und demzufolge sich örtliche Vertrauensmänner verpflichtet hatten, in Abständen von zwei Wochen Versammlungen in den einzelnen Gaststätten zu veranstalten. In dieser kurzen Periode waren Isaac Jörgens und Jacob Gutekunst als Vertrauensmänner aufgetreten. Sowohl der Leseverein als auch der Remscheider Wahlverein hielten sich nach dem zweiten Attentat in der Agitation zurück, die im übrigen vom »Neuen Remscheider Volksblatt« betrieben wurde – ein Blatt mit ursprünglich 800 Beziehern und sehr gewandt redigiert, »obwohl der Redakteur ein ganz gewöhnlicher Schneidergeselle ist«. Tatsächlich aber war die Lage des als Hetzblatt be-

40 Zu den Kriegervereinen in der Rheinprovinz und in Westfalen allgemein *Hansjoachim Henning*, Kriegervereine in den preußischen Westprovinzen. Ein Beitrag zur preußischen Innenpolitik zwischen 1860 und 1914, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 32, 1968, S. 430 – 475.

41 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 8853, 22. Juni 1878. In diesem Bestand auch das Druckerzeugnis von Henkels; vgl. auch *Bergmann*, S. 22.

42 Vgl. *Bergmann*, S. 26.

schriebenen Remscheider Organs äußerst prekär, denn die Polizei wußte sich die Bezieherliste zu verschaffen, so daß innerhalb kürzester Frist 500 Abonnenten das Blatt abbestellten. Neben der Remscheider Zeitung wurden unter der Fabrikbevölkerung der »Vorwärts«, die »Kölner Freie Presse« und die »Zukunft« gelesen, insgesamt jedoch zu nicht mehr als 150 Exemplaren verkauft.

Trotz solcher für die Behörden eigentlich doch hoffnungsfroher Nachrichten blieb die Besorgnis angesichts des beharrlichen Wachstums der Sozialdemokratie im Kreis Lennep bestehen. Zumindest schien der Ausgang der kommenden Wahlen in diesem Raum höchst ungewiß. Zwar bewies die Statistik, daß die Partei in dem Kreis 1867 den höchsten, danach nie wieder erreichten Stand gehabt hatte, aber die letzten Wahlen vom Januar 1877 wiesen doch mit 3073 Stimmen immerhin eine Verdoppelung gegenüber 1871 aus. Der Landrat versprach sich nicht nur von einer verschärften Handhabung der bestehenden Gesetze und der Tätigkeit der Kriegervereine einigen Erfolg, sondern baute schlicht auf die Arbeitsplatzmaßnahmen der Unternehmer. Offensichtlich wirkte sich hier auch der Aufruf der Düsseldorfer Kundgebung recht günstig aus, da die Unternehmer des Kreises den Beschluß faßten, »jeden Anhänger sozialdemokratischer Tendenzen, sei es, daß er sich offen zu dieser Partei bekennt oder deren Bestrebungen durch Teilnahme an ihren Versammlungen, Halten und Verbreitung ihrer Blätter, oder Beiträge zu ihrer Kasse unterstützt aus der Arbeit zu entlassen«⁴³. Die Konsequenz war dann auch, daß der Wahlkreis Lennep-Mettmann gegenüber 1877 einen Rückgang von ca. 19 v. H. zu verzeichnen hatte⁴⁴.

Im Stadt- und Landkreis Düsseldorf war die Sozialdemokratie äußerst schwach vertreten, dem Einfluß des Zentrums nicht gewachsen. Man vergleiche da die nackten Wahlziffern von 1877 und 1878. Den mehr als 12 000 Zentrums-Stimmen und 6000 bzw. 5000 liberalen Voten hatte die Sozialdemokratie lediglich 604 (1877) resp. 486 (1878) entgegenzusetzen. Die Mitteilung von Schmitz nach einem Ergebnisvergleich der beiden Jahre, daß der Schlag Bismarcks in Düsseldorf ein Schlag ins Wasser gewesen sei, mutet dann auch angesichts der schwachen Stimmenzahl wie ausgewachsene Ironie an⁴⁵, vor allem wenn man weiß, daß die Zahl der Arbeiter, die in Betrieben mit mehr als 5 Gehilfen beschäftigt waren, ungefähr der Elberfelds und Barmens gleichkam⁴⁶. Die 28 355 Stimmen der sechs rechtsrheinischen Wahlkreise des Regierungsbezirks waren eben nicht vornehmlich in Düsseldorf-Stadt und -Land zu finden. Ratingen, Kaiserswerth, Hilden und Angermund erstatteten auf Befragen dann auch Fehlanzeige, sahen nicht einmal sozialdemokratische Meinungen verbreitet. Lediglich in Grafenberg und Gerresheim gab es Arbeiterorganisationen. In Grafenberg operierte der Bund der Glasarbeiter (Hauptsitz Dresden), der wohl hinter dem März-Lohnstreik in der Glasfabrik Ferdinand Heye in Gerresheim stand. Hauptagitator des Bundes war der Glasmacher Friedrich Lippert. Der Fabrikherr selbst scheint mit rigorosen Mitteln den Streik zerschlagen zu haben. Er handhabte schlicht die vielerorten praktizierte Drohalternative: entweder Preisgabe der Mitgliedschaft im Bund oder Verlust des Arbeitsplatzes. Über die Hälfte der Arbeiter verließ den Arbeitsplatz und zugleich die Werkwohnung. Die freien Plätze besetzte Heye mit Arbeitskräften aus dem Norden Deutschlands, aus Hannover und Mecklenburg. Lippert verließ das Rheinland. Die danach wohl

43 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 8853, 7. Juli 1878.

44 Vgl. *Bergmann*, S. 26.

45 Vgl. *Schmitz*, S. 141 f., 148.

46 Aufstellung in HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060, 22. Juni 1878, Reg. Pr. an Generalkommando VII. Armeekorps.

nur noch sporadisch und insgeheim betriebene Agitation durch den Schuhmacher Buschmann und die Fabrikarbeiter Laute und Bockelmann war kaum von Bedeutung und wurde im letztgenannten Falle sogleich mit Entlassung (Fabrik »Hohenzollern« bei Grafenberg) geahndet, wie überhaupt im ganzen Landkreis die entschiedene Haltung der Fabrikherrn als besonders auffälliges Kennzeichen gewertet werden muß. Schmitz vermutet, daß die Bildung des sozialdemokratischen Arbeiter-Wahlvereins in dem Gerresheim benachbarten Grafenberg auf die Ereignisse in der Glasfabrik zurückzuführen sind. Dem in den benachbarten Landgemeinden agitierenden Wahlverein gehörten bei der Gründung 17 Mitglieder an. Jeder Anschein einer Verbindung zu anderen Vereinen – auch zum Stadt-Düsseldorfer Wahlverein – wurde vermieden, um der Polizei keine Möglichkeit zum Eingreifen zu bieten. Dieser Verein dürfte allerdings eine Art unterstützendes Gremium für den Düsseldorfer Verein gewesen sein, der aus der Zeit nach der Auflösung des ADAV datierte⁴⁷. Die Schwäche der Partei im Stadt- und Landkreis Düsseldorf manifestierte sich in noch stärkerem Maße im ganzen linksrheinischen Gebiet des Regierungsbezirks. Es war dies der Raum, über dessen politisches Leben Marx schon zu einem früheren Zeitpunkt gesagt hatte, daß die Pfaffen dort den Lassalleanern den Boden erfolgreich streitig machten. Zumindest ist festzuhalten, daß weder Versammlungen zu Delegiertenwahlen noch überhaupt sozialdemokratische Vereine verzeichnet wurden. Selbst sozialdemokratische Presse scheint nicht gelesen worden zu sein. Lediglich die Stadt Krefeld hatte anderes als die für diese Region typische Ruhe und Ordnung aufzuweisen. In der Stadt wirkten – allerdings in höchst bescheidenem Umfang – zwei sozialdemokratische Vereine: der Verband der Metallarbeiter, der 17 Mitglieder zählte, sowie der Verband zur Wahrung der werktätigen Bevölkerung Krefelds mit 28 Mitgliedern. Beide Vereine, geleitet von den Redakteuren Carl Grünewald und Theodor Daschner, veranstalteten in der ersten Jahreshälfte sechs Versammlungen, die auch von auswärtigen Agitatoren besucht wurden – Agitatoren allerdings, die nicht zur ersten Garnitur der Partei auf Reichsebene zählten. Dabei bedeutete diese Agitation, verglichen etwa mit den scharfen Auseinandersetzungen im Wuppertal, gar nichts. Sie stellte nichts weiter dar als simple Mitgliederwerbung unter Hinweis auf die soziale Not. An systematischer Kritik an staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen fehlte es völlig. Ein typisches Merkmal beider Verbände, die mit gleichnamigen Vereinen in anderen Orten in Verbindung standen, war die geringe Seßhaftigkeit der Mitglieder. Nicht die eingesessenen Arbeiter zählten zu ihnen, sondern die Wanderarbeiter und Gesellen, die nun sicherlich den Kontakt zwischen den einzelnen Vereinen aufrechterhalten konnten, zur Konsolidierung aber gewiß wenig beitrugen, wie auch offensichtlich die finanzielle Lage der Verbände nicht günstig war, da bei Tellerkollekten nach Versammlungen ein Teil der Anwesenden eilig die Säle verlassen hatte. Als Presseorgan wurde die »Niederrheinische Volksstimme« verkauft, mit einer Gesamtauflage von 300 Exemplaren. Davon entfielen 120 auf die Stadt, »meistens an Wirte, welche das Blatt als Kuriosität halten, abgesetzt«. Im Landkreis Krefeld gab es lediglich in Anrath einen sozialdemokratischen Verein des niederrheinischen Weberbundes mit 28 Mitgliedern. Als Agitatoren und Werber traten auf Wilhelm Röpke aus Krefeld sowie die Stoffweber Stock, Grüber und Adolphs. Nach dem Bericht des Landrats muß der Weberbund Lokalvereine in Süchteln, Vorst und St. Tönis sowie in der Stadt Krefeld selbst unterhalten haben. Der Stadtverein scheint jedoch bald eingegangen zu sein.

⁴⁷ Vgl. Schmitz, S. 144 f.; zum ganzen Landkreis Düsseldorf ferner HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060.

Aber wie immer man auch die Fehlanzeigen der linksrheinischen Düsseldorfer Region akzentuieren mochte, selbst den geringfügigsten Anfängen wehrte man. Nachdem bei Haus-suchungen bei Mitgliedern der beiden Krefelder Vereine Korrespondenzen gefunden worden waren, die auf eine Verbindung zwischen Krefeld und Köln wiesen, wurden die Vereine geschlossen. Auffällig ist, daß der Niederrheinische Weberbund bis in den September/Oktober hinein Gegenstand der Nachforschungen blieb. Das lag wohl daran, daß der Bund 1877 noch zahlreiche Versammlungen in einzelnen Orten des linken Niederrheins abgehalten hatte und eben allzu plötzlich von der Bildfläche verschwunden war. Festzustellen bleibt schließlich, daß der Bund dort, wo er sich mit sozialdemokratischen Zielen identifizierte, auf Widerstand stieß und Mitglieder verlor (Viersen). Was im übrigen für den Weberbund hinsichtlich der früher sehr viel intensiver entwickelten Tätigkeit gilt, das kann auch für andere sozialdemokratische Vereinigungen in dieser Region für die 1870er Jahre gesagt werden. Es steht zu vermuten, daß gerade in diesen Jahren der Einfluß der katholischen Kirche und des damit verbundenen sozial gerichteten Vereinslebens sehr entscheidend gewesen ist. Das gilt sicherlich etwa für Mönchen-Gladbach, aber auch für Krefeld, wo der katholische Verein Constantia zunehmend an Einfluß gewann. Dazu kam, daß in den ausgesprochen ländlichen Gebieten wie etwa im Kreis Geldern so gut wie keine größeren Industriebetriebe lagen, so daß es hier einfach an Ferment für die Sozialdemokraten fehlte. Dagegen wirkten im Landkreis Geldern immerhin 17 Kriegervereine, deren Mitglieder größtenteils den Unterschichten angehörten. Dies allein schien schon Bollwerk genug zu sein⁴⁸.

Eine ganz spezifische Situation nahmen sicher Stadt- und Landkreis Essen ein – nicht etwa wegen der Stärke der Sozialdemokratie, sondern wegen des außergewöhnlich starken Einflusses des Christlich-Sozialen Arbeitervereins. Wenn der Essener Delegierte der ADAV-Generalversammlung 1874 klagte: »Die Pfaffen sind die gefährlichsten Feinde unserer Sache; sie treten im entscheidenden Moment selbst mit unserem Programm auf und sagen: Wir wollen dasselbe, nur muß die Religion gewahrt bleiben«, dann war das nur allzu berechtigt, denn der 1869 gegründete Christlich-Soziale Verein zählte schon innerhalb kurzer Zeit 4000 Mitglieder. Paul Möllers hat dann auch festgestellt, daß der Essener Verein der Sozialdemokratie klar das Feld streitig machte und ihr den Boden unter den Füßen entzogen hat^{48a}. Der Essener Verein stach an Mitgliederzahl stark hervor, er war aber letztlich nur einer in einem ganzen Netz von Christlich-Sozialen Vereinen und Knapenvereinen, die den Christlich-Sozialen angeschlossen waren. Diese Kategorie wiederum fügte sich in ein umfassendes katholisches Vereinsleben, das in der Rheinprovinz und in Westfalen etwa 40 000 Mitglieder zählte und als Zentrum der sozialen Ruhe nicht unterschätzt werden sollte⁴⁹. Hinter diesen zahlreichen Vereinsgründungen stand eine Reihe junger Kapläne, zu denen als Führer des Essener Vereins der aus Aachen kommende und im dortigen Paulus-Verein geschulte Kaplan Johannes Laaf zählte.

Für die Berliner Regierung konnte es nun nicht gleichgültig sein, daß die Sozialdemokraten

48 Zum linken Niederrhein des Reg. Bez. vgl. die landrätliche Korrespondenz in HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 8864.

48a Paul Möllers, Die Essener Arbeiterbewegung in ihren Anfängen, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 25, 1960, S. 42 – 65.

49 Dazu die kurze Übersicht in Dowe, a. a. O., S. 74 ff. Wichtig ferner Emil Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954 und zeitgenössisch zur Verbreitung der Vereine Arnold Bongartz, Das katholisch-soziale Vereinswesen in Deutschland, Würzburg 1879, S. 102 ff.

bei den Reichstagswahlen 1877 dem Christlich-Sozialen Gerhard Stötzel mit ihren Stimmen in der Stichwahl zum Reichstagssitz verholten hatten, auch wenn der Gegensatz Christlich-Soziale – Sozialdemokraten weiterhin fortbestand. Erhöht wurde die Besorgnis um die Stärke des christlich-sozialen Einflusses, als in Essener Prozessen wegen Majestätsbeleidigung die Angeklagten eben nicht der Sozialdemokratie angehörten, sondern sämtlich katholisch waren und ihre Äußerung aufgrund deutlicher konfessioneller Antipathie getan hatten (der Kaiser als »kalvinistischer Lump«). Selbst wenn man einige Angeklagte als Faulenzer und Trinker bezeichnete (häufig genug epitheta ornantia der behördlichen Charakteristik), blieb offensichtlich erhöhte Wachsamkeit geboten⁵⁰. So erging auch unter dem 9. Juli eine Verfügung zur Berichterstattung über die Aktivitäten der Essener Christlich-Sozialen. Über die Staatsgefährlichkeit des Vereins war sich der Essener Oberbürgermeister allerdings schon im Juni klar, und das Verhalten in der Wahlkampagne zu den Attentatswahlen konnte ihn in seiner frühen Prognose nur bestätigen. Gleichwohl unternahm er es – wenn er es auch im Prinzip für überflüssig erachtete –, die Staatsgefährlichkeit auch anhand der Geschichte des Vereins zu demonstrieren. Da erschien die Koalition des Jahres 1877 nachgerade unverzeihlich. Solche Partei, die als Verfechterin des Christentums mit »Atheismus« und »Communismus«, mit den Verfechtern der »bluttriefenden Revolution« Hand in Hand gehe, um über den Reichstagssitz Einfluß zu erhalten, zieh sich der Charakterlosigkeit und bescheinigte sich Staatsgefährlichkeit. Es war doch einfach undenkbar, daß die Heilswahrheiten des Christentums einträchtig neben der Agitation zugunsten der Pariser Kommune stehen konnten. »Wenn es nicht in Abrede zu nehmen ist, daß die Durchführung des sozialdemokratischen Parteiprogrammes, insbesondere die Aufhebung des Privateigentums und des Erbrechtes, niemals anders als durch eine gewaltsame Zertrümmerung der bestehenden Rechtsordnung zu erreichen ist, dann sündigt die christlich-soziale Partei auch nur durch eine momentane Unterstützung der Sozialdemokratie so schwer gegen die Interessen des Staates, daß sie mit Fug und Recht denjenigen Maßnahmen zu unterstellen ist, welche die Staatsregierung zur Abwendung der aus den sozialdemokratischen Bestrebungen der staatlichen und bürgerlichen Gesellschaft erwachsenen Gefahren zu ergreifen für notwendig halten wird«. Die eigentliche Problematik lag aber offensichtlich nicht allein in der Verfechtung der sozialen Belange, faktisch in der von den Christlich-Sozialen verfolgten Taktik also, sondern auch in der Betonung des kirchenpolitischen Aspekts, in der die Bedrohung von Religion und Kirche im Mittelpunkt stand. Hier lag überhaupt für den Behördenmann der Pferdefuß. Der Vereinszweck, nämlich »die religiös-sittliche Hebung des Arbeiterstandes« und »die materielle Hebung des Arbeiterstandes«, erschien als lobenswerter und für weite Kreise der Arbeiterschaft anziehender Ausgangspunkt, blieb aber in den Augen des Oberbürgermeisters insofern Bauernfang, als es dem Verein lediglich darum gehe, eine Massenbasis zum Kampf der Kirche gegen den Staat im Sinne Roms zu schaffen. Den Schlüssel zu solcher Deutung bot die in den Vereinsstatuten verankerte »geradezu diktatorische Gewalt« der geistlichen Präsidien, die nur als Garantie eines auf Sicherung politischer Machtstellung abzielenden einheitlichen Denkens des katholischen Kirchenvolkes gewertet werden konnte. Die Arbeiterschaft erschien also nicht mehr als das Ziel der sozialen Bemühung, sondern als Instrument des kirchenpolitischen Kampfes. Die Verbindung mit den »frechtesten Gottesleugnern« (sprich: Sozialdemokraten) war nur eine Etappe dieses Kampfes. Als wirksames Organ in diesem Streit galten die 1871 gegründeten »Essener Blätter«,

⁵⁰ HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060, OB Essen an Reg. Pr., 4. Juni 1878.

die seit 1875 unter dem Titel »Rheinisch-westfälischer Volksfreund« firmierten. In der Diktion hielt dieses Organ für den ängstlichen Betrachter wohl einen Vergleich mit den sozialdemokratischen Manifestationen aus, zumindest handelte es sich lediglich um graduelle Unterschiede. Waren Form und Inhalt der Presse schon Beweis genug, zusätzliche Gefahr ergab sich noch daraus, daß der Mitgliederstamm des Christlich-Sozialen Vereins zwar von Arbeitern gebildet wurde, insgesamt jedoch durch zahlreiche Anhänger in anderen Bevölkerungsschichten erweitert wurde (bei den »reichsten Grundbesitzern des Kreises«, bei den »wohlsituiertesten Bürgern der Stadt«). Die Wahl des Arbeitervertreters Stötzel gegen Krupp, den »Kandidaten der reichstreuen Partei«, in den Attentatswahlen konnte nicht anders mehr gedeutet werden. Der Gewinn Stötzels war einigermaßen knapp (14 843 gegen 14 129 Stimmen; geringfügige 393 für Hasselmann), aber eben ausreichend für den Wahlsieg. Dahinter steckte der Einfluß Roms, so meinte der OB es auslegen zu müssen. Die gesamte sozialpolitische Forderung der Christlich-Sozialen, wie sie sich in dem oben genannten Presseorgan in den 1870er Jahren manifestierte und inhaltlich aus allerlei Quellen schöpfte, die Eigentumsfrage jedoch nicht anrührte, war eben nach Auffassung der Behörde unter den Machtanspruch der Kirche zu subsumieren. Es kann auch angesichts der scharfen oberbürgermeisterlichen Tirade nicht erstaunen, daß die Fülle der Majestätsbeleidigungen nach dem Nobilingschen Attentat dem Einfluß der Christlich-Sozialen direkt zugeschrieben wurde. Die Wortwahl bot den Anhaltspunkt⁵¹.

Dieser überaus heftige Ausfall, der die Zielsetzung von Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten in letzter Instanz dann doch unterschied, die Mittel der sozialen und politischen Agitation aber identifizierte, sollte dazu veranlassen, die Christlich-Sozialen der gleichen Repression zu unterwerfen wie die Sozialdemokraten. Die Düsseldorfer Regierung sandte eine kurze Zusammenfassung des Berichtes nach Berlin, fügte allerdings hinzu, daß solches Verhalten eben nur den Essener Verein betreffe. Es entsprach völlig den Tatsachen, wenn sie darauf hinwies, daß die Christlich-Sozialen Vereine anderer Ortschaften gerade den Einfluß der Sozialdemokraten in einem positiven, dem Staate günstigen Sinne zurückdrängten. Angesichts der lokalen Begrenzung erschien es der Regierung daher auch nicht angebracht, den für die SAP vorgesehenen Gesetzesrahmen auf die Christlich-Sozialen anzuwenden⁵². Berlin entsprach der Düsseldorfer Ansicht, sah keine Handhabe gegeben, meinte aber, den Verein der strengsten Überwachung unterwerfen zu müssen⁵³.

Spezifischer Beobachtung der Behörden erfreute sich auch der im Februar gegründete Verband rheinisch-westfälischer Bergleute. Es handelte sich hier um einen konfessionell und politisch neutralen Verband, dessen Gründung auf die Initiative von Wilhelm Hasselmann und dem katholisch-sozialen Bergmann Anton Rosenkranz zurückging. Die Gründung erfolgte sehr zum Mißfallen des bürgerlichen Zentrums-Flügels, aber auch Laaf sprach sich gegen die Bildung eines solchen Verbandes aus und kündigte eine – allerdings niemals realisierte – Gegenründung an. Geistliche und Zentrumspolitiker bezeichneten die Katholisch-Sozialen als »nützliche Idioten«, die von den Sozialdemokraten mißbraucht würden. Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund reagierte sogleich in aller Schärfe, indem er Rosenkranz (»Rädelsführer«) und zahlreiche andere Arbeiter entließ⁵⁴. Wiewohl der Verband trotz der anfänglichen Breite des Anhangs schon

51 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 662, Nr. 54, Bd. 1, OB Essen an Reg. Pr., 2. Aug. 1878.

52 Bericht bei Pelger, a. a. O., S. 402 ff.

53 Fundort wie Anm. 51, Schreiben vom 11. Okt. 1878.

54 Vgl. Hans-Otto Hemmer, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz, in: *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*, S. 81 – 109, hier S. 94 f.

ab Mai keine echten Aktivitäten mehr entwickeln konnte – und ein gerüttelt Maß an Schuld ist sicher der Uneinigkeit der SAP über die Rolle Hasselmanns zuzuschreiben –, einzelne behördliche Instanzen waren sich lange nicht über den Charakter des Vereins im klaren. Jedenfalls bezeichnete man ihn vom Regierungsbezirk Arnsberg her schlicht als sozialdemokratischen Verein. Das Bürgermeisteramt Steele sah gleichfalls Verbindungen zur Sozialdemokratie oder zur »Internationale«, was immer das auch sein mochte. Die Tatsache, daß keine Versammlungen mehr stattfanden und sich gar nichts rührte, ließ die Behörden nicht auf Verfall des Vereins, sondern auf konspirative Tätigkeit schließen. Daß einige Vereinsmitglieder zusammen mit Hasselmann und dem Essener Sozialdemokraten Strumpfen Versammlungen veranstaltet hatten, wies auch zur Genüge auf den sozialdemokratischen Charakter des gesamten Verbandes, auch wenn sich hier genug Mitglieder der Christlich-Sozialen fanden. Wichtig war, daß § 3 der Vereinsstatuten als Propagierung des Streiks zur Erzwingung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gedeutet und damit als sozialdemokratisch qualifiziert wurde. Gleichwohl wollte man in Düsseldorf sicher gehen, ehe man die Subsumtion des Verbandes unter § 1 des künftigen Sozialistengesetzes empfahl. Wichtig waren die Zusammensetzung des Zentralausschusses (»notorische Sozialisten«) und die Gewährung von Darlehen an Bergleute, die wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen worden waren. Der im allgemeinen nicht großzügige Abgeklärtheit pflegende Essener Oberbürgermeister selbst hat dann auf die Unhaltbarkeit der Besorgnisse, die gemischte Zusammensetzung des Vereins und die finanzielle Schwäche gewiesen. Schon allein die geringe Finanzdecke bei 60 000–70 000 Bergarbeitern im Oberbergamtsbezirk Dortmund ließ ihn auf geringen Erfolg der sozialdemokratischen Agitation schließen. Für ihn war die Schwäche des Verbandes tatsächlich im Frühjahr 1878 schon so eklatant, daß Verbotsbestimmungen lediglich neues Interesse an einer rasch verfallenden Organisation wecken konnten. Die Tatsache, daß im Ausschuß mit Daniel Eckardt und August Kerckhoff Sozialdemokraten saßen, rechtfertigte für ihn kaum die Subsumtion unter § 1. Gegen Rosenkranz als Mitglied der Christlich-Sozialen war nicht einzuschreiten, solange nicht gegen die Partei überhaupt durchgegriffen wurde⁵⁵.

Zwar hatten auch in Mülheim a. d. Ruhr Sozialdemokraten den Verband geleitet und gehörten Ortsvereinsmitglieder den Sozialdemokraten an, doch war im Frühherbst ohnehin keine Tätigkeit mehr festzustellen, nachdem noch dazu der 1. Vorsitzende, der Sozialdemokrat Globig, am 14. Juni wegen Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. In Oberhausen war keinerlei Verbindung zum Verband festzustellen. Überhaupt ging dort die sozialdemokratische Agitation nach Verurteilung des Hauptagitators Utgenannt zu 3½ Jahren Gefängnis (Verleitung zum Meineid) stark zurück, was für die Behörden nicht ausschloß, daß hier immer noch geheime Beziehungen bestanden. Vermutet wurde, daß der Dümptener Bergmann Theodor Roher und der Oberhausener Farbikarbeiter Adam Ihmig insgeheim die Verbindung aufrechterhielten. Aufgelöst hatten sich bis dahin jedenfalls schon der Arbeiter-Wahlverein sowie der Bund der Glasarbeiter, der hier eine Filiale unterhielt. Interessant ist, daß die Oberhausener Arbeiter, vor die gleiche Alternative gestellt wie die Arbeiter der Heyeschen Glashütte in Gerresheim, den Bund und nicht – wie in Gerresheim – die Arbeitsstelle verließen. Der Glasarbeiter Lennartz, Spitzenmann des Bundes, wurde entlassen und verließ die Rheinprovinz⁵⁶. In Duisburg

⁵⁵ HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060, 16. Okt. 1878. Für Sept./Okt. auch DZA Merseburg, wie Anm. 51.

⁵⁶ Ebda., Schreiben vom 9. und 12. Okt. 1878 betr. Mülheim und Oberhausen.

trat ausgesprochene Grabesstille ein, wenn man weiß, daß 1877 noch der sozialdemokratische Kandidat Kuhl 3474 (14,23 v. H.) Stimmen auf sich hatte vereinigen können. Bei den Attentatswahlen stimmten nur noch 470 Wähler (1,88 v. H.) für Hasselmann. Es ist sicher nicht übertrieben, für dieses Gebiet von einem vorläufigen Ende der Bewegung zu sprechen⁵⁷. Insgesamt erhält man den Eindruck, daß die Beschlüsse, die der Langnamverein zusammen mit anderen Industriellenverbänden der Provinz gefaßt hatte, durchaus Erfolg zeitigten (was im einzelnen noch auf der Basis von Firmenarchiven zu untersuchen wäre) und daß zudem die ohnehin durch die schlechte Wirtschaftslage bedingte Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes eine erhebliche Rolle im Verhalten der Arbeiterwähler gespielt hat, ohne daß dies hier als das einzige Motiv vorgestellt werden soll.

Für den *Aachener Regierungsbezirk* gilt, was schon für den linken Niederrhein im Düsseldorfer Raum gesagt wurde: »Die Arbeiterbevölkerung steht hier durchweg unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit, welche die sozialdemokratischen Bestrebungen stets bekämpft hat und dies, wie sicher angenommen werden kann, auch ferner tun wird«⁵⁸. Es wird dabei für die Behörden eine Beruhigung gewesen sein, daß sie die Geistlichkeit als staatsreu definieren konnten. Die am 11. Mai und 2. Juni anläßlich der Attentate abgehaltenen Dankgottesdienste schienen da Beweis genug zu sein. Der starke Einfluß der Geistlichkeit war der eine plausible Grund der geringen Verbreitung der Sozialdemokratie, ein anderer war die spezifische Wirtschaftsstruktur des Bezirks. Zwar fehlte es hier nicht an Fabrik- und Bergwerksbezirken, doch handelte es sich bei der Arbeiterschaft im wesentlichen um Besitzer kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, deren Erträge durch Verdienst in der Industrie aufgebessert werden mußten. Die deutliche Bindung an den Besitz wird für Zurückhaltung gegenüber den Sozialdemokraten gesorgt haben.

Ähnlich der Essener Situation existierte in Aachen ein Christlich-Sozialer Arbeiterverein zum hl. Paulus, der unter der Leitung von Kaplänen stand. Wenngleich dem Verein Gemeinsamkeit mit der Sozialdemokratie in Fragen des Klassenkampfes bescheinigt wurde, bewies der Regierungspräsident doch nicht die hektische Aufgeregtheit des Essener Oberbürgermeisters ob einer eventuell weitergehenden politischen Zielsetzung der Vereinsführung. Zwar war es auch hier wie in Essen zu einem Zwiespalt zwischen Zentrum und Christlich-Sozialen gekommen und schien auch die Politik der letzteren darauf abzuzielen, die Arbeiterschaft dem Einfluß der sicherlich katholischen, aber doch liberal gefärbten Unternehmerschaft zu entziehen – was durchaus auf eine stringente, beim Oberbürgermeister in Essen auf wenig guten Boden fallende katholische Politik schließen lassen konnte –, gleichwohl wurden hieran keine Folgerungen geknüpft, die den Stempel des Kulturkampfes trugen. Ein ähnlicher Verein bestand übrigens auch in Malmedy, konnte aber kaum die Aufmerksamkeit der Behörden erregen⁵⁹. Neben den Christlich-Sozialen vegetierte noch ein sozialdemokratischer Verein, der Arbeiterverein für Aachen und Burtscheid, der sich Anfang Januar 1877 gebildet hatte und zu dieser Zeit aus 16 Mitgliedern bestand. Bis zum August 1878 war der Bestand auf 10 Mitglieder gesunken, was als Lernerfolg aufgrund der jüngsten Ereignisse (Attentate) gewertet wurde. Bei diesen Mitgliedern handelte es sich um 5 Schuster, 1 Polsterer, 1 Commissionär, 1 Buchhändler, 1 Weber und 1 Bildhauer. § 2 der Statuten bestimmte als Vereinszweck Förderung der Würde und Interessen der Arbeiter nach sozialdemokratischen Grundsätzen. Der Buchhändler Sprenger war Vor-

57 Vgl. Pelger, a. a. O., S. 399 und Schmitz, S. 148.

58 Vgl. Pelger, a. a. O., S. 377.

59 Ebd., S. 378 f.

sitzender des Vereins und vertrieb Schrifttum der C. M. Walzschen Buchhandlung in Mainz, darunter auch Schriften von Bebel und Liebknecht. Das alles lief auf agitatorischer Basis, wurde allerdings auch unter Erwerbsgesichtspunkten betrieben⁶⁰.

Gleichwohl: Hier wie andernorts bedeuteten die Mitgliederzahlen nichts, denn bei den Wahlen vom 30. Juli wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten August Bebel in Stadt Aachen 900 Stimmen (13 v. H.) gezählt. Zu vermuten steht, daß es sich hier um Oppositionswähler handelt, die angesichts der sehr scharfen und persönlich gehaltenen Auseinandersetzungen um Kaplan Cronenberg vom Christlich-Sozialen Verein nicht mehr für den christlich-sozialen Kandidaten stimmen mochten, in der Programmatik der Sozialdemokratie dann die nächstgelegene Plattform sahen⁶¹. Der katholische Kandidat Breuer erhielt nur 12,5 v. H. der Stimmen.

Im *Regierungsbezirk Köln* ließ sich für die Stadt Köln selbst im April noch gegenüber dem Vorjahr eine geringe Zunahme der Sozialdemokratie feststellen. Sie hatte damit aber noch keine »moralisch bedenkliche« Bedeutung gewonnen. Zuzuschreiben war die nur geringe Ausbreitung dem Einfluß des Klerus sowie der – wie man behördlicherseits meinte – »oberflächlichen und wenig tatkräftigen Charakteranlage des Kölner Arbeiterstandes. Die Haltung der Partei ist infolgedessen auch eine weniger offen hervortretende und weniger selbstbewußte wie an anderen Orten [...]«. Tatsächlich blieb die »Kölner Freie Presse« in der Schärfe der Diktion und der Bestimmtheit der Aussage hinter anderen sozialdemokratischen Blättern der Provinz zurück. Entsprechend verlief auch eine von der Partei am 18. März veranstaltete Volksversammlung zum Gedenken an die Berliner Ereignisse von 1848. Der Sozialdemokrat Schumacher sprach vor nur 300 Personen. Sein bei 1791 einsetzender historischer Abriß fiel gemäßigt aus, und die abschließend von den Anwesenden gesungene Arbeiter-Marseillaise klang wenig voll, da es schlicht an Kenntnis des Textes fehlte⁶².

Staats-, kaiser- und reichstreu, kurz, für die Behörde positiv verhielt sich die Bevölkerung des Verwaltungsbezirks nach den Attentaten. In Bonn brachten die Bewohner den dort studierenden Kaiserenkeln ihre besondere Teilnahme zum Ausdruck. Wußte man mitten im Rheinland nach dem ersten Attentat noch keine Erklärung für diese Handlung, nach den Nobilingschen Schüssen war es dann so weit: »Erst das zweite Attentat war im Stande, dem Volk die Augen zu öffnen über das verbrecherische Treiben der sozialpolitischen Partei und in das Wehklagen über die erschütternden Folgen dieses wiederholten Mordanfalles, in die bange Sorge über das bedrohte Leben Ew. Majestät und in die Gebete für die Allererhöchsten dessen Erhaltung und Genesung mischt sich grenzenlose Erbitterung der gesamten Bevölkerung über jene Partei, deren Umsturzlehren in rascher Aufeinanderfolge zwei Königsmörder gereift haben«⁶³. Die öffentliche Meinung nahm dann auch wohl die Beteuerung der Sozialdemokraten, nichts mit den Anschlägen zu tun zu haben, nicht an.

Wie allerorten erwartete der Regierungspräsident auch hier einen Läuterungsprozeß unter den »irregeleiteten« Arbeitern, setzte aber auch alle Hoffnungen auf verschärfte Maßnahmen im Unternehmensbereich. Solche Hoffnung war sicherlich nicht unbegründet, denn schon im Juni hatte die Maschinenbau-AG Humboldt in Kalk bei Köln folgende Bekannt-

60 HSTA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf 45060, 17. Juli 1878 (Aachen).

61 Vgl. Dowe, a. a. O., S. 76. Von einer intensiven Agitation Bebels kann allerdings keine Rede sein. Zumindest taucht solche nicht in den Behördenberichten auf.

62 DZA Merseburg 2.2.1., Fach Nr. 16307, 14. April 1878. Zeitungsbericht zum 1. Quartal 1878.

63 Ebda., 16. Juli 1878, 2. Quartalsbericht.

machung angeschlagen: »Wir untersagen und verbieten hiermit strengstens, in unser Werk sozialdemokratische Schriften und Zeitungen mitzubringen, in demselben sozialdemokratische Redensarten zu führen oder Sammlungen zu sozialdemokratischen Zwecken zu veranstalten. Zuwiderhandelnde Beamte, Meister oder Arbeiter werden wir entlassen«. Ferner sollten alle Arbeiter, die sich weigerten, eine Erklärung über Nichtzugehörigkeit zu sozialdemokratischen Vereinen zu unterzeichnen, entlassen werden. Die Firma appellierte an eine Zusammenarbeit mit den Polizeistellen, wenn sie die polizeiliche Überwachung von Versammlungen sowie die Entziehung der Schankerlaubnis verlangte (Gastwirtschaften als »gefährliche Nester und Geburtsstellen des Terrorismus«) ⁶⁴.

Allerdings schienen nach der ersten Erregung über die Attentate in politischen Kreisen Kölns Zweifel über den Umfang der der Regierung zuzugestehenden Gegengewalt aufzusteigen, was allerdings nicht unbedingt politisch relevant werden mußte, solange sich eine auf Ruhe und Ordnung eingeschworene Zentrums-Mehrheit durchsetzen konnte. Und das stand zu erwarten. Für die Sozialdemokraten sah die Lage allerdings nicht günstig aus. Es war schon weit vor den Wahlen sicher, daß der Kandidat der Partei nicht mehr die 1783 Stimmen der 1877er Wahlen erreichen würde. Gleichwohl mußte auch die geringste sozialdemokratische Regung direkt unterbunden werden. Unternehmerinitiative war willkommen, und da der Regierungspräsident auf alle ordnungsliebenden Kräfte setzte, sorgte er sich einen Augenblick lang über vermeintliche Nachlässigkeit der Rheinischen Eisenbahngesellschaft an ihrer Hauptwerkstätte Nippes mit ihren zahlreichen Arbeitern. Offensichtlich waren hier noch keine Maßnahmen bzw. Maßregelungen getroffen, wiewohl schon am 21. Juni Vertreter der Preussischen Eisenbahndirektionen in Köln solche Maßnahmen beraten hatten. Dort war es zu folgenden Beschlüssen gekommen: Ausfertigung einer generellen Verwarnung mittels Ansprache durch Oberbeamte, durch Anschlag oder durch schriftliche Mitteilung. Eine Minderheit hatte beantragt, solche generelle Verwarnung nur an Orten mit sozialdemokratischen Bestrebungen eintreten zu lassen – und dies wohl, um unnötige Unruhe unter den Arbeitern zu vermeiden. Entlassung von erklärten Anhängern der Sozialdemokratie, aber Rücksichtnahme für den Fall, daß begründete Annahme für Änderung der politischen Einstellung des Betroffenen bestand; Austausch der Namen von entlassenen Personen, so daß Wiedereinstellung bei anderen Direktionen vermieden wurde; Ausdehnung des Geltungsbereichs nicht nur auf Werkstättenarbeiter, sondern auf alle Betriebs-, Bauarbeiter und Handwerker sowie die Arbeiter der in Vertrag genommenen Unternehmer ⁶⁵. Im August ließ sich dann schon melden, daß alle Arbeiter aus den sozialdemokratischen Hilfskassen ausgetreten waren. Es empfahl sich nun die Bildung von Arbeiterkranken- und -pensionskassen seitens der Eisenbahnen, die hiermit ein Mittel zur Unterdrückung der Sozialdemokratie gegeben sahen, die in ihren gutorganisierten Hilfskassen zweifellos ein Zugpferd besaß ⁶⁶.

Für den Landkreis Köln galt die Sorge nicht im gleichen Maße. In drei Bürgermeistereien trat die Sozialdemokratie gar nicht auf, in fünf anderen blieben die Versuche, Boden zu gewinnen, erfolglos. Efferen und Ronsdorf hatten 1877 bei der Reichstagswahl 77 bzw. 54 Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben ⁶⁷. In Kalk und Deutz dagegen blieb die

64 HSTA Düsseldorf, Pol. Pr. Köln 269, 13. Juni 1878, Schreiben der Firma.

65 Bericht des Reg. Pr. vom 12. Juli bei *Pelger*, a. a. O., S. 380 ff. Zum Beschluß der Eisenbahndirektionen: DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 46, adh. 2, Bd. 1.

66 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 45, Bd. 5, 14. Aug. 1878.

67 *Pelger*, a. a. O., S. 380 f.

Aktivität der Sozialdemokraten äußerst rege. Nach Auflösung des Arbeiter-Wahlvereins (1876) schien die Propaganda vom Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen sowie von den Mitgliedern der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft getragen zu werden. Die reiche Industriensammlung mit ihrer hohen Arbeiterzahl bot offensichtlich fruchtbaren Boden für die Sozialdemokratie. Da die Gewerkvereine für ihre Mitglieder eine Krankenunterstützungskasse unterhielten, kam für die Arbeiter zur politischen Propaganda der ganz konkrete Grund der sozialen Sicherheit, um den Vereinen beizutreten. Interessant ist hierbei die Diktion der die Entwicklung scharf beobachtenden Behörden, wenn man feststellte, daß sich nicht selten der bisher »solide« Arbeiter zu einem eifrigen Anhänger der Sozialdemokraten entwickelte. Für solche Bestrebungen sei die Arbeiterklasse leicht empfänglich, und in industriereichen Gegenden müsse die Zahl der Parteigänger bald eine sehr hohe sein. Alle Hoffnungen setzte der Kalker Bürgermeister dann auf die Aktionen der Unternehmer. Zentraler Versammlungsort für die Sozialdemokraten war die Wirtschaft des seit 7 Jahren ansässigen, aus Elberfeld zugezogenen Sozialdemokraten Eckert⁶⁸. Bei den Wahlen vom 30. Juli wurden für den Kandidaten der Sozialdemokraten von den 1405 abgegebenen Stimmen immer noch 363 gezählt. Auch nach den Wahlen blieb die Aktion recht rege.

Gegen die obengenannten Vereine war die Kölner Polizei recht rigoros schon Anfang Juli vorgegangen. Unter Berufung auf Art. 8 b des Vereinsgesetzes wurden die Metallarbeiter-Gewerkschaft, der Tischler-Bund, der Buchbinderverband, der Klempnerverein und schließlich auch der sozialdemokratische Wahlverein polizeilich geschlossen⁶⁹.

Im *Regierungsbezirk Koblenz* war die sozialdemokratische Anhängerschaft nicht übermäßig stark vertreten. In den Eifelkreisen von Adenau bis hinauf zur Lahn nach Wetzlar fehlte es an jeder Bewegung, ja, die Sozialdemokratie scheint in ihren Zielsetzungen nicht einmal bekannt gewesen zu sein. Im Landkreis Simmern hatten sich an den Niederrhein abgewanderte Arbeiter mit den Zielen der Partei befreundet, nach Entlassung aus den Industriebetrieben und Rückkehr in ihren Heimatort jedoch der konservativen Lebenswelt ihren Tribut gezollt. Lediglich wandernde Handwerksgesellen vermochten in Wirtshäusern sporadisch sozialdemokratisches Gedankengut zu propagieren. Der Landkreis Zell bot ebenso wie andere Landkreise völlige Ruhe, lediglich in Merl beunruhigte ein Kaplan Föckler die Behörde durch Predigten, nachdem er ob einer solchen Predigt vom 1. Juni von einem Weinhändlerhepaar Treis denunziert worden war. Demnach scheint Föckler die Verfolgung der Sozialdemokraten angeprangert, die Ziele der Partei als berechtigt angesehen und Johann Most hervorgehoben zu haben. Bei einer Haussuchung fand die Polizei zahlreiche Nummern des »Vorwärts«, der »Sozialen Frage« und der »Christlich-Sozialen Blätter«. In dieser Sache wurde ein Gerichtstermin anberaumt⁷⁰.

Im Kreis Altenkirchen konnte nach behördlicher Ansicht zwar keine Rede von sozialdemokratischem Einfluß sein, jedoch war man sich nicht sicher über den Umfang der Anfälligkeit für diese Ideen. So galt es in gewissem Sinne als Alarmzeichen, wenn Wanderarbeiter vorübergehend Arbeit annahmen und die Gelegenheit ergriffen, sozialdemokratische Propaganda zu betreiben. Das geschah auf den Eupeler Gruben der Firma Krupp, das ereignete sich auch in einer Wirtschaft in Altenkirchen. Man wird sich das Hektische und Überzogene

68 Möglicherweise auch Edert oder Esert. HSTA Düsseldorf, Pol. Pr. Köln 269, 28. Juni 1878.

69 STA Potsdam, Pr. Br., Rep. 30, Berlin C, Pol. Pr., Tit. 94, Lit. S 1203, Nr. 13000, Schreiben des Pol. Pr. an die Vereine vom 10., 12. und 19. Juni.

70 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 45, Bd. 4, 4. Juni 1878. Abschrift des Verhörs.

der Sozialistenfurcht klar machen können, wenn im landrätlichen Bericht selbst ein nächtlich vom Wissener Bürgermeister a. D. Mertens mitgehörtes Gespräch über Umsturz (in »fremdem Dialekt« geführt) verzeichnet steht. Sicher ist, daß man der Bevölkerung der industrialisierten Sieg-Gegend nicht über den Weg traute.

Lediglich im Kreis Neuwied regte sich die Sozialdemokratie etwas stärker. Sie hatte dort selbst eine gewisse Tradition. Kern der Bewegung waren die Zigarrenarbeiter, die dem Allgemeinen Deutschen Tabaksarbeiter-Verband angehörten. Dieser Verein löste sich im Juni 1878 noch auf, und zwar nach einer Sitzung der Fabrik- und Hüttenbesitzer in und um Neuwied am 17. Juni, auf der Ausschluß von Sozialdemokraten aus den Fabriken beschlossen wurde⁷¹. Überhaupt ist festzustellen, daß die Koblenzer Regierung besonders stark die Unternehmerinitiative hervorheben konnte. Das galt für die zum großen Teil zu Krupp gehörenden Betriebe im Kreis Altenkirchen wie auch für die Fabrik- und Hüttenwerke in den Kreisen Koblenz, Kreuznach und Wetzlar. Die bei der Staatsbauverwaltung beschäftigten Arbeiter haben sich offensichtlich nicht anfällig für sozialdemokratische Ideen gezeigt. Im Kreis Koblenz kamen Sozialdemokraten kaum vor, da der linksrheinische Teil eben ländlich und landwirtschaftlich orientiert war, der rechtsrheinische Teil aber unter der Herrschaft der Unternehmer stand. In der Stadt selbst schien man über die Agitation von Handwerksburschen kaum hinauszukommen⁷².

Der *Regierungsbezirk Trier* gehörte dagegen für einige Kreise nicht zu den ruhigsten Regionen der Provinz. Vor allem der Kreis Saarbrücken gab zur Besorgnis Anlaß. Dort war die Sozialdemokratie im Jahre 1876 recht stark hervorgetreten, und diesem Kreis galt auch die besondere Beobachtung nach den Attentaten. Wie in Koblenz waren es nicht nur Vereine, sondern Wirtshäuser und Fremdenverkehr, die der besonderen Kontrolle unterlagen (Suche nach »legitimationslos umherstreichenden Individuen«). Im Hinblick auf die Wahlen vom 30. Juli konnte der Oberbürgermeister von Trier für den Wahlkreis III, die Stadt Trier, allerdings mitteilen, es gebe keinen Boden für die Sozialdemokraten, »wenn sich nicht der Ultramontanismus mit der Sozialdemokratie verbinden sollte«. Wiewohl die ultramontanen Blätter auch »Hiebe« an die Unternehmer verteilten, sei ein solches Zusammengehen doch unwahrscheinlich. In Trier boten sich eben keine Essener Verhältnisse. Für die Basis der behördlichen Kontrolle wie auch für die Schärfe des Klassengegensatzes war es immerhin bezeichnend, wenn der Oberbürgermeister auch bei geringster Sympathiebezeugung für die Sozialdemokraten Denunziationen seitens der Bürgerschaft erwartete – vermutlich im Stile der Denunziation im Falle des Kaplan Föckler aus Merl⁷³.

Die besondere Beobachtung galt im engeren Trierer Raum den Industriegebieten mit ihren Eisengießereien und Tonwarenfabriken. Aber auch hier hatte der katholische Klerus die Bevölkerung im Griff und warnte ausdrücklich vor der Sozialdemokratie⁷⁴. Der Versuch der Regierung in diesem Zusammenhang, über die Post an die Namen der Bezieher sozialdemokratischer Blätter zu gelangen, scheiterte übrigens am Widerstand der Direktion, die das Postgeheimnis gewahrt wissen wollte⁷⁵.

Im Wahlkreis I mit den Kreisen Daun, Prüm und Bitburg verzeichnete die Sozialdemo-

71 Zitat bei Pelger, a. a. O., S. 389.

72 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 46, adh. 2, Bd. 1, 18. Juli 1878.

73 STA Koblenz, Abt. 442, Nr. 6384, 1. Juli 1878.

74 Ebda., LA Trier an Reg. Pr. Vgl. auch Hans Willi Steil, Die politischen Wahlen in der Stadt Trier und in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier 1867 – 1887, Phil. Diss. Bonn 1961, S. 177.

75 STA Koblenz, Abt. 442, Nr. 9798, Schreiben der Postdir. vom 20. Juli 1878.

kratie kaum Erfolge. Zwar zählte das Hüttenwerk in Bleialf etwa 800 Arbeiter, wäre also ein Zielpunkt gewesen, jedoch standen die Arbeiter »unter zu strenger Zucht seines tüchtigen Direktors Zachariae«, als daß hier auch nur die geringste Bewegung hätte Fuß fassen können. Zachariae wußte das in Trier auch zu bestätigen⁷⁶. Auch im Dauner Kreis mit der Jünkerather Hütte (etwa 190 Arbeiter) herrschte Ruhe, zumal der Hüttendirektor Schröder die Entlassungsdrohung bereithielt⁷⁷. Bitburg notierte einige sich ruhig verhaltende Sozialdemokraten⁷⁸.

Etwas schwieriger für die Behörden war die Lage im Wahlkreis II mit den Kreisen Bernkastel und Wittlich. In Wittlich fanden sich keine Sozialdemokraten, was die Regierung sicherlich nicht zu Unrecht auf die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt zurückführte. Der Moseleisenbahnbau, zahlreiche andere Anlagen sowie Feld- und Waldarbeit boten Beschäftigung genug, wobei sich die Lohnsätze auf einem nach Behördenansicht erträglichen Niveau bewegten, auch wenn man die hohen Lebensmittelpreise in Rechnung stellte. Dazu trat, daß die Bevölkerung im wesentlichen landwirtschaftlich ausgerichtet, an Haus und Hof gebunden war. Soweit Arbeiter dieses Raumes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Beschäftigung gefunden hatten, unterlagen sie bei ihrem Aufenthalt im Heimatort strenger Überwachung. Dazu trat eine scharfe Kontrolle auch der Arbeiter und Unterbeamten des Eisenbahnbaus. Sozialismus erschien also im wesentlichen als eine Sache, die von außen hereingetragen wurde, niemals aus der Region selbst erwachsen konnte⁷⁹. Anders war die Lage in Bernkastel. Zwar wußte die Landbevölkerung nicht einmal etwas von den sozialdemokratischen Lehren, in der Stadt dagegen hatten diese Gedanken bei Zigarrenarbeitern und den Tagelöhnern im Weinbau Eingang gefunden. Es fehlte jedoch an einem Führer sowie an einer organisatorischen Bindung – Voraussetzung für die Wirksamkeit der politischen Idee. Zwar wurden im Kreis keine sozialdemokratischen Zeitungen gehalten, da jedoch die kleinen ultramontanen Blätter (etwa »Mosella«) zuweilen Artikel aus sozialdemokratischen Zeitungen übernahmen, war eine gewisse Förderung sozialdemokratischer Ideen garantiert. Der Bernkasteler Landrat fand es höchst bedauerlich, daß Artikel, die den Klassenhaß schürten, straffrei blieben, und verstand es nicht, daß der Oberprokurator eine Verfolgung des Blattes ablehnte. Für die Zigarrenarbeiter sah die Behörde eine scharfe Kontrolle seitens der Fabrikherren vor. Zudem hatten sich inzwischen einige »bessere« Bürger der Gemeinde zu Besprechungen über Möglichkeiten im Kampf gegen die Sozialdemokratie getroffen. Im letzten Falle stand allerdings angesichts der notorischen politischen Indolenz der Bürger wenig zu erwarten⁸⁰. Schaut man auf die etwa im Trierer Landkreis für die Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen, dann läßt sich letztlich die dokumentarisch belegte Furcht der Behörden schlicht als Hysterie ausmachen. In Otzenhausen, Vastel, Nonnweiler und Braunshausen waren insgesamt 30 Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben worden, darunter 19 für Bebel und 11 für den zu jener Zeit inhaftierten Saarländer Harry Kaulitz. Vermutet wurden die 30 Stimmen bei den Arbeitern der Maria-Hütte. Als Agitator galt ein ehemaliger Hüttenarbeiter namens Jacob Hippchen (ein »beschränkter arbeitsscheuer Mensch [...] ganz ohne Religion«). Der Hüttenbesitzer war über den Sachverhalt informiert, konnte aber nichts unternehmen⁸¹.

76 STA Koblenz, Abt. 442, Nr. 6384, 14. Juni 1878 (Prüm).

77 Ebda., 1. Juli 1878 (Daun).

78 Ebda., 17. Juli 1878 (Bitburg); vgl. Steil, S. 175.

79 Ebda., 29. Juni 1878 (Wittlich).

80 Ebda., 1. Juli 1878 (Landrat an Reg. Pr.).

81 Ebda., 16. Sept. 1878 (Trier), 10. Sept. (Nonnweiler).

Besorgnis erregten die Wanderarbeiter und Handwerksburschen – Arbeitslose, die die Agitation in Gesellenherbergen und Wirtshäuser trugen, sich von Ort zu Ort durchbettelten und keiner Kontrolle unterlagen. Daher plädierte der Trierer Oberbürgermeister auch für Einführung eines Arbeits- und Wanderbuches mit täglicher behördlicher Meldepflicht⁸².

Anlaß zu größerer Sorge aber bot die Lage im Saargebiet. Hier verfaßte schon am 1. Juli der Landrat von Geldern einen langen Bericht, den das Regierungspräsidium im Informationsschreiben an das Innenministerium in Berlin in großen Passagen wörtlich übernahm⁸³. Selbst wenn man davon ausging, daß sich die seit 1876 überaus lebhafte Bewegung nicht übermäßig stark hatte ausbreiten können, dann blieb allein schon der Status quo besorgniserregend genug, zumal man in diesem Gebiet eine gewisse Verbissenheit des Kampfes konstatierte, die sich aus der Zahl von 10 Verfahren wegen Majestätsbeleidigung allein im Monat Juni ablesen ließ. Der Landrat schätzte etwa 10 v. H. der Arbeiterbevölkerung als höchst empfänglich für sozialdemokratische Propaganda ein. Bei den hier genannten Beleidigungsverfahren waren zudem nach Haussuchungen Korrespondenzen gefunden worden, die auf eine rege Verbindung zur Zentralstelle der Sozialdemokratie wiesen. Es war wohl nicht verwunderlich, daß eine große Menge sozialdemokratischer Druckschriften hier zur Verteilung gelangte. Die bald einsetzende verschärfte Verfolgung sollte auch die Strafbarkeit von Sammlungen bei Privaten für sozialdemokratische Zwecke umfassen. Die Verschärfung insgesamt hatte immerhin den Erfolg, daß wichtige Agitatoren den Kreis verließen. Der Landrat meinte auch, sich auf den »gesunden« und »loyalen« Sinn der bürgerlichen Bevölkerung stützen zu können, die im Gegensatz zur Lage in anderen Kreisen die SAP von vornherein für eine verbrecherische Genossenschaft, nicht jedoch für eine irgendwie berechnete Parteibildung ansehe. Sicherlich einer Unterdrückung der Sozialdemokratie nicht förderlich war der Stillstand in der Verbesserung der wirtschaftlich-sozialen Lage der Arbeiterschaft, da die schlechte Wirtschaftssituation diese offensichtlich gänzlich von der Tagesordnung absetzte, was nun durchaus nicht im Sinne der Regierung lag, die gerade im öffentlichen Wirtschaftssektor zwar Repressionen förderte, jedoch auch eine Besserung der sozialen Sicherheit anstrebte. Für den Landrat stand fest, daß eine unbeeinflusste Wahl einen erheblichen Zuwachs gegenüber den 324 Stimmen vom Januar 1877 ergeben würde.

Wenn vom »gesunden und loyalen Sinn« der Bevölkerung gesprochen wurde, dann artikuliert sich dieser gewiß bei den Saarindustriellen, die sich am 6. Juni auf totale Repression jedweder sozialdemokratischer Regung einigten. Selbst der Besuch von Wirtshäusern, in denen sozialdemokratische Versammlungen abgehalten wurden, bot einen Entlassungsgrund und hieß – nach der Entlassung – auch Verweigerung von Arbeit in anderen Betrieben. Zugleich wurde eine unternehmerische Solidarität für bestreikte Betriebe vereinbart. Die Unternehmer beschlossen gar die Anstellung eines Stenographen, der in den Versammlungen mitschreiben mußte. Im nördlichen Rheinland leistete sich wohl nur die Behörde eine solche Figur. Dem kontrollierenden und überwachenden Ausschuß gehörte auch der Großindustrielle Kommerzienrat Stumm an, der sich schon auf Reichsebene in der Bekämpfung der Sozialdemokratie hervorgetan hatte. Die Tatsache, daß man nicht allen Arbeitern den Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen verbieten wollte, läßt den Schluß auf Aufbau eines Spitzelsystems unter der Arbeiterschaft zu⁸⁴.

82 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 46, adh. 2., Bd. 2, 6. Aug. 1878.

83 Gesamtbericht des Reg. Pr. bei Pelger, a. a. O., S. 382 ff. Der Saarbrücker Bericht in STA Koblenz, Abt. 442, Nr. 6384.

84 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 46, adh. 2, Bd. 1, Protokoll vom 6. Juli.

Im Gegensatz zum Saarbrücker Gebiet fanden die Sozialdemokraten in St. Wendel und Saarlouis keinen fruchtbaren Boden. Die ländliche Struktur verhinderte den Zugriff. Auch im Industrieraum von Saarlouis zeigten sich keine Spuren sozialdemokratischer Einflußnahme. Das galt ebenso für den Landkreis Merzig, wo selbst in Fabrik- und Bergbaugebieten keine sozialdemokratische Agitation stattfand⁸⁵.

Die besondere Situation des Kreises Saarbrücken im Trierer Regierungsbezirk lag in der eigenartigen sozialen Struktur des platten Landes. Hier wohnten ebensoviele Arbeiter wie in den Städten und größeren Gemeinden, so daß sich für die Sozialdemokraten überall Angriffsflächen boten. Die Agitation richtete sich sogar vor allem auf die ländlichen Gebiete, da hier die Bergleute lebten. Die Schwierigkeiten lagen allerdings zuhauf. In erster Linie ging es um die Beschaffung von Versammlungsraum, da sich die Wirte mehrheitlich – meistens unter dem Druck der Behörden oder der Unternehmer – weigerten, Säle zur Verfügung zu stellen. Hauptagitatoren im Kreise waren der Commis Harry Kaulitz sowie der Uhrmacher Rudolf Hackenberger aus Westpreußen, die in Trier inhaftiert saßen. Beide waren Redakteure der »Freien Volksstimme. Organ für die Bevölkerung des Saargebiets«. Ferner zählten hierzu: Bernhard Struttmann, Schreiner aus St. Arnual (»ein arbeitsscheuer, gegenwärtig ganz verarmter Mensch«), der Uhrmacher Wilhelm Metzger aus Burbach, zur Zeit des Berichts inhaftiert wegen Verstoßes gegen § 131 StGB (»Müßiggänger und fleißiger Wirtshausbesucher«), der Schreinergehilfe Ernst Zimmermann aus St. Johann, der als guter Organisator galt und es verstanden hatte, sich dem Zugriff der Polizei zu entziehen (»ein fleißiger und nüchterner Mann«), der Häfner Friedrich Klein aus St. Johann, ein Mann mit Hausbesitz und gutgehender Töpferei (1–3 Gesellen). Den Kreis verlassen hatte der Schlosser Johann Witzlar aus Guttentag in Schlesien. Witzlar war 1871 Leiter des Streikkomitees bei der Eisenbahndirektion in Nippes gewesen und nach Verurteilung wegen Verstoßes gegen § 131 StGB und Verbüßung der Haftstrafe im Regierungsbezirk Trier nicht mehr in den Kreis zurückgekehrt. Ferner wurden als verzogen genannt der Kolporteur Franz Heinrich Matthis aus Bredenstedt bei Braunschweig, der Klaviermacher Franz Sater aus Graz, der Schreiber Wilhelm Ederich aus St. Johann, der Saarbrücker Bäcker Carl Pabst, der Buchbinder Heinrich Jacob aus St. Johann und der Schlosser M. Marx. Die vier letztgenannten waren nach Belgien ausgewichen. Alle Agitatoren sollten im Falle ihrer Rückkehr ausgewiesen werden⁸⁶.

Ende September scheint auch der lebhaften, durch zahlreiche Verhaftungen in den letzten Jahren unterbrochenen Agitation der Sozialdemokratie ein Ende gemacht worden zu sein. Die schon vor dem Sozialistengesetz anhebende nationale Repression dürfte die Saar-Sozialdemokraten entmutigt haben, da offensichtlich auch innerhalb der Bevölkerung ein Absetztrend gegenüber den als Anhänger der SAP bekannten Personen einsetzte, so daß der persönliche Verkehr immer begrenzter wurde. Die Bewegung im Kreis schien auf dem besten Wege zu sein, sich selbst totzulaufen. So ist auch die Empfehlung des Industriellenausschusses zu begreifen, nach der keine Schriften der Gegenagitation verbreitet werden sollten, um die Bevölkerung das Problem Sozialdemokratie gänzlich vergessen zu lassen. Tatsache war, daß sich diese Schriften ohnehin nicht durch Allgemeinverständlichkeit auszeichneten. Auch die von Berlin aus gewünschte Aufklärung in der Volksschule hatte ihre Schwierigkeiten, da die Mehrzahl der Lehrer für diese Aufgabe nicht geeignet war⁸⁷.

85 STA Koblenz, Abt. 442, Nr. 6384, Berichte vom 1., 3., 7., 12. und 13. Juli 1878.

86 DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 500, Nr. 42, adh. 2, Bd. 2, 15. Aug. 1878 mit Zusammenstellung.

87 STA Koblenz, Abt. 442, Nr. 6384, 30. Sept. 1878.

III.

Die hier vorgelegte, kaum ein Jahr umfassende und im wesentlichen aus behördlichen Quellen erarbeitete Darstellung zur Lage der Arbeiterbewegung einer Region wird man zusammenfassend als eine Untersuchung zur täglichen Erfahrung der Repression bezeichnen dürfen. Der bei Marx und Engels als Institutionalisierung von Herrschaft und Ausbeutung begriffene Staat zeigte seine repressive Qualität in penetranter Alltäglichkeit im lokalen und überlokalen Bereich. Gewiß hatte er diesen Unterdrückungscharakter in der Industrialisierungsphase spätestens schon seit der preußischen Vereinsgesetzgebung bewiesen (11. Mai 1850), tatsächlich aber nahmen die staatlichen Gewaltmaßnahmen entsprechend dem Wachstum der Widersprüche in der sozialökonomischen Struktur zu. Das ist für die frühe Depressionsphase zu beobachten und gilt dann in besonderem Maße für den Höhepunkt der Krise 1877/78. Die Attentate der Hödel und Nobiling mögen dann auch nachgerade als politische Geschenke, als »Aufhänger« gleichsam gewertet werden, mit denen man verschärfte Polizeigewalt gegenüber dem Staatsvolk rechtfertigte, ohne die tieferen Ursachen aufzudecken. Wenn je sich der Staat als Instrument der herrschenden Klassen begreifen ließ, dann gewiß in dieser Periode, in der Privat- und öffentlicher Sektor einander in der Unterdrückungspolitik assistierten. Wenngleich die Berliner Regierung vom Kooperationswillen der Unternehmerschaft nicht völlig überzeugt war – für den Fall etwa, daß das Geschäftsinteresse rigorosen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft entgegenstand –, liefen doch die Fabrikanten der zum Teil hochindustrialisierten Rheinprovinz in der behördlich vorgezeichneten Spur, und es waren vor allem die Vertreter der Schwerindustrie, später noch Verfechter eines scharfen Kurses gegen die Sozialdemokratie, die hier an der Spitze marschierten. Marx hat in seinen »Klassenkämpfen in Frankreich« im Zusammenhang mit der französischen Entwicklung vom »Bourgeoisterrorismus« gesprochen; man wird diesen Begriff durchaus auf die Alltäglichkeit der repressiven Nadelstiche von Polizei und Unternehmerschaft anwenden können.

In der repressiven Praxis fällt ein Doppeltes auf: Bei den nachgeordneten Behörden wurde der Kampf gegen die Arbeiterbewegung zuweilen stärker als in Berlin oder bei den Regierungspräsidien als eine der Gesetzmäßigkeit nicht mehr verpflichtete Radikalkur begriffen, so daß hin und wieder Korrektur von Berlin aus vonnöten war. Solches Verhalten mag zum einen an der Persönlichkeitsstruktur der Amtsträger gelegen haben, wird aber nicht zuletzt auch auf die tägliche Konfrontation mit den sozialen Konsequenzen der Wirtschaftslage zurückzuführen sein, die einer ohnehin vorhandenen Bereitschaft zur hysterischen Sozialisten- oder Kommunistenfurcht förderlich sein mußten. Daneben nun drängte man in Berlin auf sozialpolitische Maßnahmen, die dem Arbeiter ein Gefühl der Sicherheit am Arbeitsplatz vermitteln sollten. Diese sozialpolitische Zugabe, die praktisch schon die einige Jahre später einsetzende Bismarcksche Politik der Sozialversicherung einleitete, mag vielleicht Verständnis für die völlig ungesicherte Lage der Arbeiter bezeugen und Ergebnis humanitärer Erwägungen gewesen sein, wesentlicher Beweggrund war aber ganz gewiß in erster Linie die Abschnürung akuter Unruhen durch ein Minimum an Sozialpolitik. Letztlich dienten auch solche Vorschläge ebenso wie die hier mehrfach apostrophierte Drohung mit Arbeitsplatzverlust der einfachen Disziplinierung der Arbeiterschaft zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung. Polizeigewalt, Entzug der Existenzgrundlage und ein Minimum an sozialer Sicherheit, das waren die Instrumente, deren sich die Behörden im Zusammenspiel mit den Unternehmern bedienten, um jeder Bedrohung der sozialökonomischen Struktur das Wasser abzugraben.

Nach alledem ist deutlich, daß die Handlungsmöglichkeiten der Arbeiterschaft allein schon von ihren organisatorischen Voraussetzungen her nicht nur erheblich eingeschränkt, sondern praktisch auf Null reduziert waren. Dies bedarf der besonderen Erwähnung, da die hier mehrfach aufgeführten »guten« Ergebnisse der täglichen Repression in der rheinischen und rheinisch-westfälischen Region in einem eigenartigen Gegensatz zur revolutionspolitischen Kalkulation stehen, in der in nachgerade großem Schwung eben schon zu diesem Zeitpunkt mit einer gesunden Portion revolutionärer Naherwartung das »Totengeläute für Preußen« angekündigt wurde. Es ist dabei gleichgültig, ob man den Niedergang im Gefolge einer Revolution sah, wie Marx das seit Februar 1878 tat, dabei flexibel genug auf sozialpsychologische und politische Faktoren abstellend, oder ob man ihn als Folge einer endogenen westeuropäischen Revolution begriff, wie es wenig später (1879) Bebel sah, der eher von der rein ökonomischen Entwicklung ausging. Auch wenn man eine Verschärfung der Repression als Reflex auf das Anwachsen der gesellschaftlichen Widersprüche deuten durfte, dann bleibt doch festzuhalten, daß die Repression die organisatorischen Voraussetzungen einer revolutionären Bewegung zerschlug. Die lokale Untersuchung in der Rheinprovinz beweist das.

Ein anderes tritt hinzu. Man wird im Zusammenhang mit der Diskrepanz zwischen subjektiver Wirkungsmöglichkeit und theoretischem Anspruch nicht nur nach der Äußerlichkeit der repressiven Gewalt zu schauen, sondern auch den Bewußtseinsstand der Arbeiterschaft einzubeziehen haben – ein ohne Zweifel schwieriges Unterfangen, da dies eine Antwort auf die Frage nach Inhalt, Vermittlung und Rezeption der Theorie als auch der Gegenpropaganda impliziert. Es ist darüber hinaus – und das zuvörderst – auch die Frage nach den Vermittlern selbst, nach der sozialen Zusammensetzung der Gruppen von Propagandisten in den einzelnen Orten, zu stellen. Für die Rheinprovinz ist deutlich, daß es in erster Linie Handwerker und Arbeiter waren, die diese Aufgabe übernommen haben. Es ist auffällig, daß die Polizei- und Landratsberichte keine Intellektuellen aufführen. Ein Mehr an mitstenographierten Versammlungsabläufen würde hier vielleicht weitere Aufschlüsse geben. Möglicherweise wird man auch bei der Analyse der Vermittlungsinhalte und ihrer Rezeption hinsichtlich der Agitation nach jahrelang ortsansässigen, mit der täglichen Not an ein und demselben Ort konfrontierten Agitatoren und jenen Gruppen zu unterscheiden haben, die als Arbeiter von Ort zu Ort zogen und als Wanderlehrer auftraten. In der Rheinprovinz tauchten beide Kategorien auf. Auf jeden Fall wäre grundsätzlich darüber zu informieren, wieweit der Inhalt über Sozialpolitik und Lohnhöhe hinausreichte und auf prinzipielle Änderung der sozialökonomischen Struktur hinzielte.

Aber die Vermittlung allein reicht noch nicht zur Analyse des Bewußtseinsinhalts. Wichtig will da für die Rheinprovinz auch die Konfessionsstruktur erscheinen. In dieser vornehmlich katholisch strukturierten Region war doch der Einfluß des Klerus nicht zu übersehen. Er war in den ländlichen Gebieten ohnehin manifest, reichte aber auch hinein in die hochindustrialisierten Gebiete des Rhein-Ruhr-Raums, wo er zudem im Sektor Bergbau auf eine von ihrer sozialen Besonderheit überzeugte Arbeiterschaft traf. Wenngleich von einigen Behörden die christlich-sozial organisierte und unter klerikaler Leitung stehende Arbeiterschaft und die sozialdemokratisch »infizierte« Arbeiterschaft als die beiden Seiten einer Münze angesehen wurden, kann doch diese nachgerade einer Angstpsychose entspringende Identifikation kaum als gerechte Qualifikation des Klerus anerkannt werden. Vielmehr gilt für den Klerus ganz allgemein, daß er im sozialen Sektor – auch in Zeiten des Kulturkampfes – um die Wahrung der staatlichen und sozialen Ordnung bemüht war.

Ein weiteres noch. Jede Untersuchung der Bedingungen des Arbeiterbewußtseins und damit der subjektiven Handlungsmöglichkeiten im Sinne der in jener Phase erwarteten und intendierten Revolution wird eine sozio-geographische Unterscheidung nach Stadt und Land vorzunehmen haben. Wenn Bergmann sagt, daß die hochindustrialisierten Gebiete in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts Zentren der auf politische Betätigung drängenden Arbeiterschaft waren⁸⁸, dann dürfte das prinzipiell zwar richtig sein, gleichwohl zeigen sich Unterschiede in den heranwachsenden Ballungsräumen und einzelnen großindustriellen Anlagen inmitten einer vornehmlich ländlich strukturierten Region. Im Industrieraum zwischen Wupper, Lippe und Rhein bot sich eben ein anderes Bild als im Nahe-Mosel-Rhein-Gebiet. Das war sicherlich nicht auf unterschiedliche Formen der Repression zurückzuführen (privat oder öffentlich), sondern sollte auf das handwerklich-bäuerliche Milieu der engeren Umgebung hin untersucht und auf mögliche Kommunikationsschwellen gegenüber der Außenwelt, auf Besitzstruktur auch der Arbeiterschaft (Eigenbewirtschaftung), auf den Einfluß der herrschenden Denkweise sowie auf den täglichen Lebensstil der Arbeiter hin geprüft werden. Es ist doch gewiß nicht ohne Bedeutung, daß Behörden und Fabrikanten in südlichen Teilen der Provinz keine direkt autochthone Bewegung erwarteten, sondern Gefahren von jenen Arbeitern der Gegend kommen sahen, die eine Zeitlang in den industriellen Ballungsräumen gearbeitet hatten. Auf jeden Fall bietet die sozio-geographisch deutlich differenzierte Struktur der Rheinprovinz noch ein weites Untersuchungsfeld. Hierbei wird man sich nicht allein auf genuin historisch-politischem Feld bewegen müssen, sondern die Fragen auch zwischen Sozialpsychologie und Volkskunde anzusiedeln haben. Eine regionale Untersuchung solcher Art könnte zu Motivation und Inhalt politischer Verhaltensweisen vorstoßen, was für die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der folgenden Jahrzehnte vor allem im Hinblick auf die wachsenden Wählerzahlen von Bedeutung ist. Der Übergang von der puren Zahl zum Inhalt oder von der Quantität zur Qualität (hier einmal anders gewendet) läßt sich anhand lokaler oder regionaler Untersuchungen am ehesten beschreiben. Eine Sozialgeschichte der Partei hätte dort anzusetzen.

⁸⁸ Bergmann, S. 99.